



**Gemeindeverband
Sozialbereiche**
Bezirk Rheinfelden

Tübilaumsschrift

Inhaltsverzeichnis

- 3 Vorwort von André Schreyer, Präsident des GSBR
- 4 Meilensteine
- 6 Entstehungsgeschichte des Gemeindeverbands Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden
- 9 Vergleich zweier Amtsperioden: Interview mit Brunette Lüscher und Heinz Kim
- 11 Portrait der Geschäftsleitung

- Entwicklung und Standortbestimmung der heutigen Fachbereiche des GSBR:**
- 14 Berufsbeistandschaft (BB), ehemals Amtsvormundschaft
- 18 Logopädischer Dienst (LPD), ehemals Sprachheilambulatorium
- 22 Mütter- und Väterberatung (MVB)
- 26 Fachstelle für persönliche Beratung (FpB)
- 30 Schulsozialdienst (SSD)
- 34 «mit.dabei-Fricktal» (mdF) und Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich (KFA)

- Portraits langjähriger Mitarbeitender:**
- 38 Bruni Moritz
- 40 Daniela Dietrich
- 42 Esther Rüttimann
- 44 Marlis Recher
- 46 Ausblick mit André Schreyer

Impressum:

Auftraggeber: André Schreyer, Präsident des GSBR

Grafik und Druck: Atelier Dillier Design AG

Redaktion und Fotos:



Clara Rohr-Willers (CRW)
Freie Journalistin



Yvonne Kiefer-Glomme (YKG)
Freie Journalistin

Vorwort von André Schreyer, Präsident des GSBR



André Schreyer

Im Jahre 1980, also vor 40 Jahren, wurde der Gemeindeverband Sozialbereiche des Bezirks Rheinfelden (so der heutige Name) von initiativen Vertreterinnen und Vertretern der Bezirksgemeinden gegründet. Das Ziel dieser Aktion war es, die bereits existierenden Tätigkeiten in den sozialen Aufgabengebieten zu koordinieren, zu bündeln und vorhandene Synergien zu nutzen. Trotz stetig steigendem Wohlstand im Fricktal wurde der Bedarf für solche Angebote laufend grösser. Mit viel Enthusiasmus und grossem Einsatz haben die Gründerinnen und Gründer begonnen, notwendige Strukturen zu schaffen, Zusammenarbeiten zwischen den Gemeinden aufzugleisen und Führungsstrukturen aufzubauen. Diese Arbeit wurde unter allen bisherigen Präsidentinnen und Präsidenten fortgeführt, bis zur heutigen Form mit einer professionellen Geschäftsleitung und spezifischen Fachbereichsleitungen. Der Bedarf nach den Dienstleistungen des Gemeindeverbandes ist auch heute noch ungebrochen steigend. Sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich tagtäglich für die Bevölkerung im Bezirk Rheinfelden und darüber hinaus ein. Die regelmässigen Zufriedenheitsumfragen zeigen,

dass unser Angebot geschätzt wird und unverzichtbar ist. Ganz im Sinne des Leitspruchs meines Vorgängers Heinz Kim: Man muss Menschen mögen.

40 Jahre ist ein Jubiläum, welches rechtfertigt, zurück zu blicken und die Entwicklungsgeschichte unseres Gemeindeverbandes Revue passieren zu lassen. Zu würdigen, was alles geleistet wurde und wird. Die teilweise in Vergessenheit geratene Geschichte aufzuarbeiten, Zusammenhänge herauszufiltern, mit ehemaligen und aktiven Vertreterinnen und Vertretern des Verbandes zu sprechen und das Ganze in einer passenden Form darzustellen, war eine Herausforderung. Die Journalistinnen Clara Rohr-Willers und Yvonne Kiefer-Glomme haben sich mit Elan, Einsatz, detektivischem Gespür und Fingerspitzengefühl an die Arbeit gemacht und in kurzer Zeit diese wunderbare Jubiläumsschrift geschaffen. Ich danke den beiden herzlich für ihre tolle Arbeit. Ebenso gilt mein Dank Zoe Dillier von der Atelier Dillier Design AG, die die grafische Gestaltung übernommen hat und der Jubiläumsschrift ihr prächtiges Gewand verliehen hat.

Mein grosser Dank gilt allen ehemaligen und aktuellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Vorständen, Präsidentinnen und Präsidenten und Gemeindevertreterinnen und -vertretern, die den GSBR zu dem gemacht haben und immer noch machen, was er ist. Nur durch den grossen Einsatz aller Beteiligten konnten und können die Herausforderungen gemeistert werden. Ich bin stolz, einen unverzichtbaren Träger der sozialen Arbeit in unserem Bezirk präsidieren zu dürfen.

Meilensteine

1980	Gründung des Gemeindeverbands Sozialdienste Bezirk Rheinfelden mit den Dienststellen: - Amtsvormundschaft - Jugendpsychologischer Dienst - Berufsberatung - Sprachheilambulatorium Meinrad Schmid-Tremel wird Verbandspräsident	2004	Integration der Frauenberatung in die JFB und Umbenennung dieser in Fachstelle für persönliche Beratung (FpB)
1986	Integration des Jugendfürsorgevereins Bezirk Rheinfelden unter dem Namen Jugend- und Familienberatung (JFB)	2004	Brunette Lüscher wird Verbandspräsidentin
1990	Franz Gürtler wird Verbandspräsident	2005	Kantonalisierung und damit Austritt der Berufsberatung und des Jugendpsychologischen Dienstes aus dem Verband
1997	Integration der Legasthenie in den Logopädischen Dienst (ehemals Sprachheilambulatorium)	2006	Mobiler Schulsozialdienst (MSSD) wird zum eigenen Fachbereich
1998	Neuorganisation des Rechnungswesens Schaffung neuer Verbandsbehörden und Besetzung mit Gemeindevertretern	2007	Namensänderung des MSSD in Schulsozialdienst (SSD)
2002	Einführung eines Mobilen Schulsozialdienstes (MSSD)	2013	Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) Amtsvormundschaft wird zu Berufsbeistandschaft
2003	Integration der Mütter- und Väterberatung (MVB) in den Verband	2013	Umbenennung des Verbands in Gemeindeverband Soziale Fachbereiche Bezirk Rheinfelden (GSFBR) Heinz Kim wird Verbandspräsident
		2014	Professionalisierung: Ersatz der Fachkommissionen durch eine Geschäftsleitung über alle fünf Fachbereiche: - Berufsbeistandschaft (ehemals

- Amtsvormundschaft)
- Fachstelle für persönliche Beratung
- Logopädischer Dienst (ehemals Sprachheilambulatorium)
- Mütter- und Väterberatung
- Schulsozialdienst

2014 Austritt der Gemeinden Kaiseraugst, Rheinfelden und Möhlin aus der Berufsbeistandschaft

Erste Geschäftsleitung: Heinz Glauser

2015 Beginn des Projekts der räumlichen Zentralisierung «Unter einem Dach»

2016 Neue Geschäftsleitung: Marlis Recher

2017 Reorganisation der MVB und Reduktion auf vier Beratungsstandorte

2018 Umzug des MVB-Büros ins Rote Haus, Rheinfelden

Abschluss des Projekts «Unter einem Dach» mit dem Bezug der Räumlichkeiten an der Kaiserstrasse 1 in Rheinfelden (Geschäftsleitung, Logopädischer Dienst, Berufsbeistandschaft, Fachstelle für persönliche Beratung)

Namensänderung des Verbands in Gemeindeverband Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden (GSBR)

2019 André Schreyer wird Verbandspräsident

Integration der Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich in den Verband

2020 Integration von mit.dabei-Fricktal, dessen Büro sich im Roten Haus befindet, in den Verband. Seitdem besteht der GSBR aus den Fachbereichen:

- Berufsbeistandschaft (ehemals Amtsvormundschaft)
- Logopädischer Dienst (ehemals Sprachheilambulatorium)
- Mütter- und Väterberatung
- Fachstelle für persönliche Beratung
- Schulsozialdienst
- mit.dabei-Fricktal und Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich

Entstehungsgeschichte des Gemeindeverbands Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden



Franz Gürtler, Präsident des GSBZ von 1990 bis 2004

Der Gemeindeverband Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden feiert das 40-jährige Jubiläum. Während von den vier Diensten des Gründungsjahres 1980 noch die Berufsbeistandschaft (ehemals Amtsvormundschaft) und der Logopädische Dienst (ehemals Sprachheilambulatorium) zum Verband gehören, wurden die Berufsberatung und der Jugendpsychologische Dienst 2005 kantonalisiert. Im Verlauf der Zeit kamen die Fachstelle für persönliche Beratung, die Mütter- und Väterberatung, der Schulsozialdienst und jüngst auch «mit.dabei-Fricktal», eine Integrationsfachstelle für Migrant*innen sowie die Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich zum Verband.

Die Bevölkerung des Fricktals hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten markant verändert. Der erste Sektor, die Landwirtschaft, ist stark zurückgegangen, wohingegen das Gewerbe und

die Industrie deutlich zugelegt haben. Später ist der dritte Sektor, die Dienstleistungen, gewachsen. Auch im Blick auf die Bevölkerungszahlen ist ein Anstieg festzuhalten: Während der Bezirk Rheinfelden 1980 noch 29'506 Einwohner*innen hatte, waren es 1990 schon 32'830, im Jahr 2000 schliesslich 37'462 und im Jahr 2019 bereits 47'893 (Quelle: Departement Finanzen und Ressourcen des Kantons Aargau). Gesellschaftlich schliesslich vollzog sich ebenfalls ein Wandel: Aus den Selbstversorger- und Mehrfamilienhaushalten, wie sie noch in den 1960er und 1970er-Jahren gang und gäbe waren, entwickelte sich unsere heutige eher individualistische, mehrsprachige und multikulturelle Gesellschaft.

Im Interview mit Franz Gürtler, Präsident des Gemeindeverbands Sozialdienste Bezirk Rheinfelden von 1990 bis 2004, Peter Müller, Mitglied des Gremiums bei dessen Gründung, sowie Vreni Rothweiler, Protokollführerin von 1992 bis 2014, wird klar: Die Bedürfnisse und Probleme der Menschen damals waren dieselben wie heute. So braucht jedes Kind ein stabiles soziales Netz, um sich zu entwickeln und als Erwachsener ein eigenständiges, verantwortungsbewusstes Leben führen zu können. Wenn diese Entwicklung oder ein eigenständiges Erwachsenenleben wegen persönlicher, familiärer oder gesellschaftlicher Probleme nicht möglich ist, braucht ein Mensch Unterstützung.

Alle 14 Gemeinden des Bezirks Rheinfelden gründeten am 20. August 1980 den Gemeindeverband Sozialdienste Bezirk Rheinfelden, der seit 2018 Gemeindeverband Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden (GSBR) heisst. Die damaligen Dienststellen des Verbands, nämlich die Amtsvormundschaft, die Berufsberatung, der Jugendpsychologische Dienst und das Sprachheilambulatorium wurden durch die Gemeinden finanziert. Die Organe des Verbandes bildeten die Delegiertenversammlung, der Vorstand, die Fachkommissionen und die Kontrollstelle.

Während die Amtsvormundschaft bereits seit 1918 bestand, wurden die gemeindeübergreifenden Dienste der Berufsberatung und des Sprachheilambulatoriums erst 1975 gegründet. Der Jugendpsychologische Dienst (JPD) entstand

1980, im Gründungsjahr des Gemeindeverbands.

«Der Wunsch nach demokratischer Legitimation der Aufsichtsorgane»

«Die Idee, einen Gemeindeverband zu gründen, ist Ende der 1970er-Jahre in einer Gemeindeammännerkonferenz entstanden, die der damalige Rheinfelder Stadtmann Richard Molinari präsierte», schildert Dr. Peter Müller. Den Gemeindeverband Sozialdienste Bezirk Rheinfelden vorbereitet hat ein Gremium, das aus den Leitern der Aufsichtskommissionen der einzelnen Dienste bestand. Der ehemalige Magdener Vizeammann Peter Müller vertrat in diesem Gremium den Jugendpsychologischen Dienst und war ab 1980 Vorstandsmitglied des Gemeindeverbands. Nach seinen Ausführungen war Richard Molinari, damaliger Präsident des Gremiums, federführend bei der Gründung des Gemeindeverbands. «Hauptmotiv hierbei war der Wunsch nach einer demokratischen Legitimation der Aufsichtsorgane und einer besseren Kontrolle der einzelnen Dienste, die bis dahin ein ausgeprägtes Eigenleben geführt hatten», so Müller. «Letzteres hatte zu zunehmender Unzufriedenheit in den Gemeinden geführt. Sie hatten den Eindruck, immer mehr zahlen zu müssen, ohne genau zu wissen wofür. Vor allem bei der Logopädie war die Transparenz durch das bestehende Berufsgeheimnis stark eingeschränkt. Ein ähnliches Problem befürchtete man beim Jugendpsychologischen Dienst», bilanziert Peter Müller.

«Stufenweises Vorgehen» nach der Verbandsgründung (1980 bis 1990)

Bei der Gründung des Verbands wurde in den Statuten festgelegt, dass jede Gemeinde einen Gemeinderat als Mitglied der Abgeordnetenversammlung zu bestimmen hat. «Einerseits wollten die Gemeindeammänner wieder das Sagen haben, andererseits mochte man die langjährigen und verdienten Repräsentanten der Dienste nicht vor den Kopf stossen, indem man ihnen zu viele Kompetenzen wegnahm», erklärt der Magdener Peter Müller. Daher entschied man sich für ein stufenweises Vorgehen, bei dem insbesondere das Rechnungswesen vorerst bei den Fachstellen blieb. An der konstituierenden Sitzung des Gemeindeverbandes 1980 übergab Richard Molinari den Vorsitz an Meinrad Schmid-Tremel, Gemeindeammann von Kaiseraugst, der den Ge-

meindeverband von 1980 bis 1990 präsierte. «Als Kadermitarbeiter der Finanzabteilung von Roche hatte Meinrad Schmid-Tremel jederzeit den Durchblick», resümiert Peter Müller und spricht von einer guten finanziellen Führung. Unter Meinrad Schmid-Tremel wurde 1986 der Jugendfürsorgeverein Bezirk Rheinfelden, der 1970 als solcher gegründet worden war, unter dem Namen Jugend- und Familienberatung als eigenständiger Fachbereich in den Verband integriert. Seit 2004 heisst dieser «Fachstelle für persönliche Beratung».

«Das Gemeinwesen muss die notwendige Hilfe zur Verfügung stellen»

Am Ende seiner Amtszeit schreibt Meinrad Schmid-Tremel, dass immer mehr Menschen die sozialen Dienste in Anspruch nähmen, «und zwar trotz materieller Besserstellung im Vergleich zu früher». «Waren die schwächeren Mitmenschen damals vor allem in ländlichen Gebieten vermehrt durch die Familien getragen, so muss heute das Gemeinwesen die notwendige Hilfe zur Verfügung stellen», bemerkt er im Jahresbericht von 1988. Vreni Rothweiler, Protokollführerin des Gemeindeverbands Sozialdienste Bezirk Rheinfelden von 1992 bis 2014, relativiert diese Aussage. Es sei möglich, dass man vor der Gründung des Verbands ältere Menschen oder Menschen mit einer Einschränkung eher in den Familien betreut habe, schildert die Magdenerin. «Ob besser oder schlechter als dies durch eine Fachstelle möglich ist, sei dahingestellt.» Die Entwicklung, die Meinrad Schmid thematisierte, entspreche auch dem wachsenden Bewusstsein, dass sich die Allgemeinheit um soziale Bedürfnisse kümmern müsse, so Rothweiler. «Man denke auch an die AHV, Krankenkassen und später das Pensionskassen-Obligatorium sowie die Unterstützung durch privat gegründete Hilfsorganisationen.»

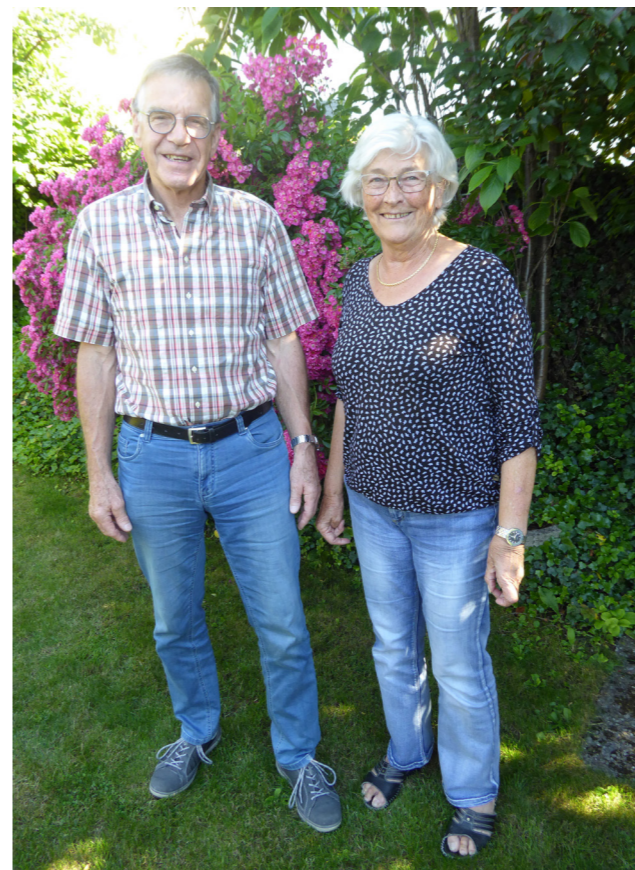
Reformation des Gemeindeverbands unter Franz Gürtler (1990 bis 2004)

«Aufgrund ihrer beschränkten Grösse und Ressourcen waren die Fricktaler Gemeinden seit jeher auf die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden angewiesen», erläutert Dr. Franz Gürtler, Präsident des Gemeindeverbands von 1990 bis zur Abgeordnetenversammlung 2004, und weist auf Zweckverbände wie den Gemeindeverband Abfallbewirtschaftung Unteres Fricktal (GAF) hin,

der 1973 seinen Betrieb aufgenommen hat. «Als neuer Präsident des Gemeindeverbands fand ich 1990 folgende Situation vor: Jeder Sozialdienst wurde getrennt und mit je einer eigenen Organisation geführt und es bestand für jede Institution ein separater Kostenverteiler», erinnert sich der ehemalige Magdener Gemeindeammann. Sein Auftrag war es, die Integration der verschiedenen Dienste voranzutreiben, die Rechnungsführung zu zentralisieren und die Anstellungsbedingungen zu vereinheitlichen. «Als schwierigster Brocken erwies sich die Pensionskassenregelung, da langjährige Mitarbeiter kurz vor der Pensionierung standen und sich kein nennenswertes Alterskapital mehr ansparen konnten», erinnert sich Peter Müller. «Es ist Franz Gürtler, dem ehemaligen Betriebswirt der Ciba-Geigy AG, dank Fachkompetenz und Durchsetzungskraft gelungen, dem Gemeindeverband die damals zeitgemässen Strukturen zu geben», so Müller.

Unter Franz Gürtler wurden 1998 das Rechnungswesen neu organisiert und neue Verbandsbehörden mit Gemeindevertretern bestimmt. 2002 entstand ein neues Personal- und Besoldungsreglement und seit 2004 respektive 2005 wird die Arbeitszeit bei der Fachstelle für persönliche Beratung und bei der Amtsvormundschaft erfasst. Was die Entwicklung der einzelnen Fachbereiche betrifft, so wurde unter Franz Gürtler 1997 das Sprachheilambulatorium mit der Legasthenie erweitert. 2002 richtete man den Mobilien Schulsozialdienst (MSSD) ein und 2003 kam die Mütter- und Väterberatung zum Verband. 2003 liess der Verband eine Organisationsanalyse machen: diese wurde jedoch durch die Abgeordnetenversammlung abgelehnt. Die Berufsberatung und der Jugendpsychologische Dienst gehören seit 2006 zum Kanton. (CRW)

Vergleich zweier Amtsperioden: Interview mit Brunette Lüscher und Heinz Kim



Heinz Kim (Präsident des GSBZ zwischen 2013 und 2019) und Brunette Lüscher (Präsidentin des GSBZ zwischen 2004 und 2013)

Brunette Lüscher war zwischen 2004 und 2013 Gemeindeverbandspräsidentin und blickt, durch ihr vorhergehendes Engagement im Jugendpsychologischen Dienst, auf 20 Jahre Verbandserfahrung zurück. «Mein Anliegen war es, durch eine Professionalisierung des Verbands weg von der Amateuren-Kommissionswirtschaft zu kommen», erinnert sie sich. Die Kommissionen leiteten den Dienst, waren für das Budget verantwortlich und vertraten ihn im Verband. Die jeweiligen Präsidien der Kommissionen wiederum waren im Vorstand vertreten. «Seit der Gründung des Gemeindeverbands Sozialdienste Bezirk Rheinfelden 1980 gab es Fachkommissionen mit dem Ziel, dass immer eine Person aus jeder Gemeinde des Bezirks in einer Kommission mitwirkte», so Lüscher. Ihr Ziel war es, dass eine professionelle Geschäftsleitung den Verband

führt.

Nach der Professionalisierung des Gemeindeverbands unter Brunette Lüscher gelang ihrem Nachfolger Heinz Kim, dem ehemaligen Zuzger Gemeindeammann und Verbandspräsidenten von 2013 bis 2019, eine räumliche Zentralisierung des Gemeindeverbands. Bis 2014 wurden die Dienste alle dezentral durch die Fachkommissionen geführt. Ziel des Projekts «Unter einem Dach» war es, die Mehrheit der Dienste geographisch an einem Standort unterzubringen. Dabei wurden unter anderem das alte Casino an der Marktgasse und das ehemalige Pflegeheim Kloos geprüft. 2018 konnten schliesslich die Räumlichkeiten an der Kaiserstrasse 1 in Rheinfelden bezogen werden. Die Mütter- und Väterberatung zog im selben Jahr in das Rote Haus in Rheinfelden und wird seither noch in vier Gemeinden angeboten, nämlich in Rheinfelden, Möhlin, Kaiseraugst und Stein. Als Verbandspräsidenten prägten Brunette Lüscher und Heinz Kim das heutige Gesicht des Verbandes. Im folgenden Interview vergleichen sie ihre Amtszeiten.

Dank Ihrem Engagement, Brunette Lüscher, wurde in der Vereinigung der Gemeindeammänner des Bezirks Rheinfelden 2012/13 ein Geschäftsleitungsmodell beschlossen. Inwiefern wird der Gemeindeverband seither professionell geführt?

Brunette Lüscher: Seither sind es nicht mehr Kommissionen, die die sozialen Dienste oder Bereiche leiten. Die zwei Bereiche, das Strategische und das Operative, werden klar getrennt.

In welchem Bereich braucht es Gemeindevertreter?

In meiner Amtsperiode als Verbandspräsidentin beschlossen wir, dass es im Vorstand weiterhin Gemeindevertreter braucht, die Fachpersonen jedoch auf ihren Diensten, sprich in ihren sozialen Bereichen verantwortungsbewusst arbeiten können sollten. Wir entschieden uns für eine Ge-

schäftsstelle mit einer professionellen Geschäftsleitung, Fachpersonen in den jeweiligen sozialen Bereichen und eine Vertretung vom Vorstand.

Heinz Kim: Ich denke, der Gemeindeverband hatte nicht nur eine gute Idee, sondern ein gutes Gespür, den Verband 2013 zu professionalisieren.

Meinen Sie dies vor dem Hintergrund der Urnenabstimmung 2013 im Kanton Aargau für eine professionelle Vormundschaftsbehörde, die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)?

Heinz Kim: Exakt. Bis zur Entstehung der KESB war es Aufgabe des Gemeinderats als Vormundschaftsbehörde zu entscheiden, ob jemand fähig war, sein Leben selber zu führen oder nicht und somit für diesen einen Beistand oder Vormund zu suchen. Nach der Einführung der KESB 2013 beschloss der Kanton Aargau zugleich, eine Gerichtslösung einzuführen und diese wurde im Bezirk Rheinfelden am Bezirksgericht Rheinfelden installiert. Partner der KESB wurden die Gemeinden.

Die drei grossen Gemeinden Kaiseraugst, Möhlin und Rheinfelden haben den Fachbereich Berufsbeistandschaft jedoch Ende 2013 verlassen.

Brunette Lüscher: Das stimmt. Beim GSBR kann gemäss den Statuten, im Unterschied zum Gemeindeverband des Bezirks Laufenburg, jede Gemeinde mit einem Teilbereich aus dem Verband aussteigen. Gleichzeitig bietet der Gemeindeverband im Mandatsverhältnis auch Dienste für Gemeinden ausserhalb unseres Bezirks an.

Heinz Kim: Die Hälfte der von unserem Schulsozialdienst betreuten Schulstandorte gehört zu Gemeinden ausserhalb des Bezirks Rheinfelden wie zum Beispiel Laufenburg. Diese kaufen sich bei uns ein.

Interessierten sich auch Gemeinden ausserhalb des Fricktals für die Angebote des GSBR?

Brunette Lüscher: Nicht nur Gemeinden aus dem Bezirk Laufenburg, sondern auch aus Basel und Solothurn wollten sich einst einkaufen. Nach reiflicher Überlegung haben wir uns dage-

gen entschieden. Die Mitarbeitenden wären alle bei uns im Verband angestellt gewesen und wir hätten auch personell eine kantonal übergreifende Verantwortung getragen.

Welche Probleme könnten dem GSBR widerfahren?

Heinz Kim: Einerseits wird unsere Gesellschaft immer egoistischer und juristischer. Da sind alle unsere Fachbereiche am selben Punkt angreifbar, sprich, auch wir müssen schauen, dass wir uns stets korrekt verhalten. Andererseits hätten wir ein Problem, wenn Gemeinden den Eindruck hätten, hier werde finanziell unlauterer Wettbewerb gemacht.

Wie steht es um die steigende finanzielle Last für die Gemeinden?

Heinz Kim: Die Gemeinden sind sich der budgetären Belastung durch die Sozialbereiche des Verbands bewusst. Sie tragen aber auch die Verantwortung ihren Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber, dass diese die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu einer Beratungsstelle haben wie in anderen Gemeinden des Kantons. Kein Verbandspräsident will, dass alles immer teurer wird. Ein allfälliges Wachstum auf Basis von belegbaren Fallzahlen kann man aber auch begründen.

Welcher Fachbereich verzeichnet zum Beispiel ein klar wachsendes Bedürfnis?

Heinz Kim: Bei der Beratung in der Berufsbeistandschaft zum Beispiel, wo die Erwachsenenfälle zwar stagnieren, die Anzahl der Kindsfälle aber ansteigt, nehmen die Kosten um 30 bis 40 Prozent zu. Wenn man die Beiträge der Gemeinden anschaut, sieht man hier einen deutlichen Anstieg der Kosten. (CRW)

Portrait der Geschäftsleitung



Geschäftsführerin Marlis Recher und Mitglied der Geschäftsleitung Colette Madoery mit den Teams der GL, BB und FpB vom Dezember 2018

Bis zum 31. Dezember 2013 waren die Bereichsleitungen der einzelnen Fachbereiche direkt dem Vorstand unterstellt. Das bedeutete, dass ein Fachbereich direkt einem Vorstandsmitglied zugeteilt war. Je nach Grösse des Fachbereichs und den auftretenden Herausforderungen, konnte das zeitweise sehr aufwändig werden. Für das jeweilige Vorstandsmitglied bedeutete dies verstärkten Aufwand und mehr Präsenz.

Der Vorstand beschloss in der Folge, dass der Gemeindeverband per 1. Januar 2014 professionalisiert werden sollte und zu diesem Zwecke ein Geschäftsleiter eingesetzt werde. Der erste Geschäftsleiter hiess Heinz Glauser und war vor der Übernahme der neuen Funktion bereits als Berufsbeistand angestellt. Er entlastete fünf Vorstandsmitglieder von der operativen Führungsar-

beit, damit sie sich gemeinsam mit den anderen Vorstandsmitgliedern auf die strategische Führung konzentrieren konnten. Mit der Einsetzung eines Geschäftsleiters begann auch der Prozess der Zusammenführung der fünf einzeln geführten Unternehmensbereiche. Als Heinz Glauser nach zwei Jahren wieder aus dem Unternehmen austrat und von Marlis Recher ersetzt wurde, war dieser Prozess angestossen und mit der Fertigstellung der einheitlichen Reglemente am Anfang seiner Wegstrecke.

Für das Vorstandssekretariat und die Administration der Logopädie wurde anlässlich des beschriebenen Prozesses eine Mitarbeiterin eingestellt. Für die Buchhaltung, welche bisher von der BDO in Aarau geführt wurde, wurde eine weitere Mitarbeiterin unter Vertrag genommen. Letztere ist auch heute noch für die Personaladministration zuständig und wurde im Februar 2020 zur Leiterin Finanzen und damit Mitglied der Geschäftsleitung befördert.

Es folgt ein Interview von Marlis Recher (MR) mit Colette Madoery (CM):

MR: Welche Situation hast du angetroffen, als du am 1. Dezember 2012 deine Arbeit beim GSBR begonnen hast?

CM: Anfangs Dezember 2012 wurde ich mit einem Pensum von 40% für die Klienten-Buchhaltung der Berufsbeistandschaft eingestellt. Als mitten im Jahr 2013 bekannt gegeben wurde, dass drei der grossen Gemeinden per 31. Dezember 2013 aus der Berufsbeistandschaft austreten wollten, bedeutete das einen immensen Arbeitsaufwand mit dem Ablösen der Mandate, nicht nur buchhalterisch, sondern auch für die Berufsbeistände, welche die Aktenberge für die Gemeinden bereitstellen und übergeben mussten.

MR: Welche Veränderungen prägten deine Arbeit seither?

CM: Per 1. Januar 2014 wurde die Buchhaltung und das Payroll in die Geschäftsstelle des Gemeindeverbandes integriert und die Geschäftsstelle mit Geschäftsleiter, Sachbearbeiterin Sekretariat und mir als Sachbearbeiterin Finanzen und Personal aufgebaut. Dabei mussten Abläufe geklärt, eine neue Homepage erstellt und Stellenbeschriebe eingefordert werden. Parallel dazu half ich noch in der Berufsbeistandschaft aus. Das war gut möglich, weil die Geschäftsstelle und die Berufsbeistandschaft in den gleichen Räumlichkeiten untergebracht waren.

Heinz Glauser verliess Ende 2015 den GSBR und du wurdest per 1. Januar 2016 als neue Geschäftsführerin eingestellt. Das brachte für die Mitarbeitenden Veränderungen.

MR: Damals waren die Büroräumlichkeiten an der Rindergasse 8 bereits von der Stadt Rheinfelden auf Ende Juni 2016 gekündigt. Eine meiner ersten Aufgaben bestand damals darin, geeignete neue Räumlichkeiten für Geschäftsstelle, Berufsbeistandschaft und Mütter- und Väterberatungsstelle zu finden, die Verträge abzuschliessen und den Umzug an die Bahnhofstrasse 1 zu organisieren. Da waren wir alle mit gefordert. Inwiefern hat sich dann deine Arbeit bis Ende 2019 verändert?

CM: Im Jahr 2017 hatte ich Einsätze in der Klienten-Buchhaltung der Berufsbeistandschaft als Krankheitsvertretung der Stelleninhaberin. Dazu übernahm ich ebenfalls in Vertretung temporär Sekretariatsarbeiten für den Vorstand, die Geschäftsleiterin sowie das Schulsekretariat des Logopädischen Dienstes.

MR: Das ergab für dich vielfältigen Einblick und Abwechslung, war aber auch eine grosse Herausforderung zusätzlich zu deinen üblichen Aufgaben. In der ersten Hälfte des Jahres 2019 beschloss der Vorstand des GSBR, «mit.dabei-Fricktal» (mdF) und die Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich (KFA) als sechsten Fachbereich in den Gemeindeverband zu integrieren. Das bedeutete für uns eine intensive Vorbereitungszeit mit der ehemaligen Geschäftsleitung «Anlaufstelle Integration Aargau AIA» und der Anstellung der drei Mitarbeiterinnen für KFA und mdF.

CM: Für mich und meine Arbeit bedeutet dies: Zwei Bereiche kommen dazu. Es mussten neue Abläufe gemeinsam definiert werden und wir haben zusätzlich neu auch mit dem Kanton als Teil-Finanzierer zu tun. Auch die Zusammenarbeit mit der Steuergruppe ist neu und intensiv und dazu kommen auch die zahlreichen Gemeinden aus dem Bezirk Laufenburg, welche sich für mdF entschieden haben. Das ist spannend und herausfordernd, da die komplexen Abläufe auch mehr Zeit in Anspruch nehmen und wir die erwähnten Stellen in den Aufbau der Abläufe, die Planung des Rechnungsjahres und Rechenschaftslegung einbeziehen müssen.

MR: Was ist das Besondere an der Beschäftigung beim Gemeindeverband in deiner Funktion?

CM: Es wird mir nie langweilig. Die Arbeit ist äusserst abwechslungsreich, da ich den ganzen Prozess der Buchhaltung, vom Budget über die Finanzbuchhaltung bis zum Jahresabschluss sowie alle Belange der Personaladministration machen darf.

MR: Per 1. Februar 2020 wurdest du in die Geschäftsleitung befördert. Was bedeutet das für dich persönlich, aber auch für deine Arbeit und Funktion innerhalb des Teams?

CM: Eine Herausforderung, da mehr Verantwortung für gewisse Prozesse nun bei mir liegen; jedoch immer noch in Absprache mit der Geschäftsführung, welche ich bei ihrer Abwesenheit vertrete.

MR: Vielen Dank, Colette, für das interessante Gespräch!

Die Geschäftsleitung des GSBR ist heute auf die Schultern der Geschäftsführerin und der Leiterin Finanzen verteilt. Das hat den Vorteil, dass wir Arbeitsabläufe zwar etwas anders organisieren und diverse Geschäfte gemeinsam besprechen, als Personen aber nicht neu lernen müssen, miteinander zu arbeiten, weil wir dies schon seit dem Januar 2016 tun. Wir können bestehende Zeitgefässe umnutzen und die bereits bekannten Kommunikationsgewohnheiten ausbauen und anpassen. Gemeinsam legen wir anlässlich der regelmässigen Vorstandssitzungen Rechen-

schaft ab.

In Zukunft soll die Organisation weiter optimiert und den Anforderungen angepasst werden. Die Zusammenarbeit von Geschäftsleitung und den Bereichsleitungen wollen wir verstärkt wahrnehmen und auch als Unternehmen noch besser zusammenwachsen. Die einzelnen Fachbereiche sollen gut darüber informiert sein, was die übrigen Bereiche anbieten und sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Die Realisierung des Projekts unter einem Dach war nach der Professionalisierung ein weiterer Schritt in diese Richtung. Es gibt aber diesbezüglich noch viel zu tun.

Text und Interview verfasst von der Geschäftsführerin Marlis Recher

Berufsbeistandschaft (BB), ehemals Amtsvormundschaft



Markus Geiter und Christoph Hugenschmidt

Die Berufsbeistandschaft, bis 2012 Amtsvormundschaft genannt, ist eine gesetzliche Sozialarbeit des Gemeindeverbands Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden. Nach dem alten Vormundschaftsrecht entschied der Gemeinderat als Vormundschaftsbehörde über die Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme. Mit der Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) am 1. Januar 2013 ist die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) für die Errichtung der gesetzlichen Massnahmen zuständig.

Die Amtsvormundschaft gibt es seit 1918. Zum Gemeindeverband GSBR gehört die Amtsvormundschaft, heute Berufsbeistandschaft, seit der Verbandsgründung im Jahr 1980. Das im Zivilgesetzbuch (ZGB) geregelte Vormundschaftsrecht wurde im Laufe der Zeit überarbeitet.

Durch die gesetzliche Verankerung waren und sind die Massnahmen eines Berufsbeistands für seine Klient*innen, früher Mündel genannt, von Gültigkeit. Die Aufhebung kann nur durch die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), bzw. vor 2013 durch die Vormundschaftsbehörde der jeweiligen Wohngemeinde des Mündels erfolgen. Während es für den Bezirk Rheinfelden – mit Ausnahme von Kaiseraugst, Möhlin und Rheinfelden selber, die 2014 aus diesem Fachbereich des GSBR ausgestiegen sind – die Berufsbeistandschaft des GSBR ist, die sich um die gesetzliche Sozialarbeit kümmert, heisst die Stelle in anderen Aargauer Bezirken Kindes- und Erwachsenenschutzdienst (KESD).

Klient*innen benötigen einen Schutz

Die oberste Priorität für die Berufsbeistandschaft ist es zunächst, dass Klient*innen «normal» weiterleben können, sprich dass man sich um ihren Lebensunterhalt, ihre Wohnsituation und ihre Gesundheit kümmert. «Ein hohes Gut des Menschen ist die Selbstbestimmung und jede Beistandschaft ist wie ein kleiner Einschnitt in dieses Gut», schildert Markus Geiter, Bereichsleiter der Berufsbeistandschaft. Nach Zusatzausbildungen im Sozialwesen arbeitet der studierte Theologe und ehemalige Pfarrer seit 2008 als Berufsbeistand für den GSBR.

Gab es früher gemäss ZGB die Beistandschaft (persönliche Begleitung, Vertretung bei einzelnen Rechtsgeschäften, freiwillige Vermögensverwaltung), die Beiratschaft (angeordnete Einkommens- und Vermögensverwaltung) sowie die Vormundschaft (gesetzlicher Vertreter in allen Bereichen), so betreffen die heutigen Aufgabebereiche eines Berufsbeistandes die Personenvorsorge (Administration, Wohnen, Gesundheit und das soziale Wohl) und den Rechtsverkehr. Die Aufgaben innerhalb dieser Bereiche werden jeweils auf die verbeiständete Person genau zugeschnitten.

Zum Klientel gehören Personen mit einem «Schwächezustand», sprich Personen, die einen Schutz benötigen. Es heisst Kindes- und Erwach-

senenschutzrecht, weil die Personen in einem oder mehreren Bereichen des Lebens Unterstützung durch einen Beistand benötigen.

Die Zielgruppe sind Kinder (Minderjährige) und Erwachsene (Volljährige). Während für Kinder Artikel 308 ZGB ff gilt, sind es für die Erwachsenen die Artikel 388 folgende.

«Bei den Kindern geht es insbesondere um das Besuchsrecht, Heimplatzierungen und Erbschaften», bemerkt Markus Geiter. Da es oft mehr Beratung (oft auch mit dem ganzen Familiensystem) braucht, sobald ein Berufsbeistand mit Kindern zu tun hat, werden die Kindsfälle an die Fachstelle für persönliche Beratung übergeben. Die Berufsbeistandschaft arbeitet neben dem Familiengericht als kontrollierende Behörde, den Gemeinden und der Fachstelle für persönliche Beratung mit vielen Institutionen zusammen wie Sozialen Fachstellen, Heimen, Ämtern etc.

«Die Finanzverwaltung macht rund 80 Prozent der Erwachsenenfälle aus»

«Während das Kindesrecht aus dem Jahr 1978 stammt und mit der Revision 2013 nur punktuelle Neuerungen erfuhr, ist vor allem das Erwachsenenschutzrecht neu», sagt Geiter. Bei den Erwachsenen gibt es vier Arten von Beistandschaften, nämlich die Begleitbeistandschaft, die Mitwirkungsbeistandschaft, die Vertretungsbeistandschaft und die umfassende Beistandschaft (früher Vormundschaft). «In der Begleitbeistandschaft berät man Klient*innen in verschiedenen Bereichen, wobei die Klient*innen alles selber bestimmen», berichtet Markus Geiter. Bei der Vertretungsbeistandschaft wiederum wird eine Person in bestimmten Bereichen (Finanzen, Administration, Gesundheit u.a.) vertreten. Bei der Mitwirkungsbeistandschaft wirken Klient*innen mit dem Beistand mit, wie zum Beispiel bei der Mitunterzeichnung eines Vertrages. «Die Vormundschaft für Erwachsene existiert nicht mehr und die umfassende Beistandschaft, wie sie heisst, ist selten. Die Handlungsfähigkeit ist entweder nicht eingeschränkt oder schon. Wenn sie eingeschränkt ist, können die Klient*innen nichts von bestimmten Konten abheben. Es geht zum Beispiel um Leute, die wegen Leichtgläubigkeit oder Handicaps Gefahr laufen, betrogen zu werden oder um Menschen, die überhaupt nicht mit Geld umgehen können.»

Die häufigsten Beratungsthemen und Projekte bei den Erwachsenen betreffen die Finanzen, die Wohnsituation, sprich Wohnungssuche,

auch Wohnungsabgaben bei Heimplatzierungen (Räumung und Reinigung organisieren), Heimplatzsuche oder den Wechsel einer Institution, Sozialversicherungen, Arbeit und Beschäftigung, Ausbildung bei Jugendlichen, Gesundheitsfragen, Hausverkäufe, Schulden Situationen und vieles mehr. «Die Finanzverwaltung der Klient*innen macht rund 80 Prozent der Erwachsenenfälle aus», bilanziert Markus Geiter.

Vom Amtsvormund zum Berufsbeistand: Vor- und Nachteile der Regelungen vor 2013

«Nach der Einführung des Vormundschaftsrechts anfangs des letzten Jahrhunderts entschied der Gemeinderat des Wohnorts der betreffenden Person über die Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme», schildert Markus Geiter, der durch seine Tätigkeit ab 2008 sowohl die Vormundschaftsbehörde als auch die KESB kennt. «Dieselbe Behörde war es auch, die eine Person mit der Führung der jeweiligen Massnahme beauftragte», so Geiter. Dabei handelte es sich vorerst um Privatpersonen, die sich freiwillig für eine solche Massnahme zur Verfügung stellten. Ebenfalls war der Gemeinderat Aufsichtsbehörde, also die Stelle, welche die Arbeit der mit der Führung der vormundschaftlichen Massnahme beauftragte Person zu kontrollieren hatte. Zuständig für den Betrieb der Amtsvormundschaft war bis einschliesslich 2012 eine Fachkommission. Diese führte und kontrollierte den Betrieb und vertrat die Amtsvormundschaft auch innerhalb des Gemeindeverbandes.

Die Vor- und Nachteile der vor 2013 geltenden Regelungen lassen sich folgendermassen zusammenfassen: «Einerseits kannte man sich gerade in kleineren Gemeinden, sodass der Gemeinderat oft viele persönliche Informationen über den Mündel hatte. Andererseits konnte es vorkommen, dass persönliche Interessen die neutrale Behandlung eines Falles nicht immer garantierten», so Geiter. Das seit 2013 geltende Recht befreite die Gemeinderäte von der oft nicht einfachen Arbeit einer Vormundschaftsbehörde. Waren zuvor Laien für die Errichtung und Kontrolle der vormundschaftlichen Massnahmen zuständig, so ist es heute das Familiengericht, welches zudem auf die Unterstützung entsprechender Fachkräfte zurückgreifen kann und mit der Führung eines Mandats die Berufsbeistandschaft beauftragt und auch beaufsichtigt.

«Es war eine persönliche Situation zwischen Amtsvormund und Mündel»

«Werner Fritschin der Amtsvormundschaft 1 in Möhlin und Ernst Weiss der Amtsvormundschaft 2 in Magden waren die ersten voll angestellten Amtsvormünder, die auf die tatkräftige Mitarbeit ihrer Ehefrauen zählen konnten», erinnert sich Christoph Hugenschmidt. Der einstige Nachfolger Werner Fritschins arbeitete von 1985 bis 2007 als Amtsvormund. «Angefangen habe ich als Amtsvormund in einem Büro in der Liegenschaft der Schreinerei Weidmann an der Bahnhofsstrasse in Möhlin, wo sich damals auch die Berufsberatung befand», erzählt Hugenschmidt. In den 1990er-Jahren bezogen die beiden Amtsvormundschaften 1 und 2 Büroräumlichkeiten an der Rindergasse 6 in Rheinfelden.

«Es war eine persönliche Situation in den 1980er-Jahren», bemerkt der 77-jährige Wegenstetter. «Man hatte mehr Zeit für die Mündel, die zum Teil in der ganzen Schweiz verteilt waren. Den Wohnsitz hatten sie im Bezirk Rheinfelden, lebten aber teilweise in der Ostschweiz oder im Jura. Die Verteilung von Weihnachtsgeschenken beispielsweise übernahm man persönlich oder konnte auf die Ehefrau zählen», erklärt Hugenschmidt. Hatte er in den 1980er-Jahren Mühe, einen Platz für ein Kind zu finden, liess er es auch mal in seiner siebenköpfigen Familie wohnen. «Solche Lösungen waren teilweise eine Bereicherung des Familienlebens, öfters aber auch eine Belastung und dies besonders für meine Frau», resümiert Christoph Hugenschmidt. Später habe er von dieser Lösung abgesehen, um mehr Distanz herzustellen. Vorgängig einer Entscheidung lud der Gemeinderat die betroffene Person zu einem Gespräch ein, dem oft auch der Amtsvormund beiwohnte. «Einerseits sollte der betroffenen Person das ihr zustehende rechtliche Gehör gewährt werden, andererseits versuchte man, ihr den Sinn und den Ablauf einer solchen Massnahme aufzuzeigen und sie somit für eine freiwillige Zustimmung zur Massnahme zu gewinnen», schildert der ehemalige Amtsvormund. Vereinzelt sei es vorgekommen, dass die Meinungen des Gemeinderates und des Amtsvormundes auseinandergingen und letztendlich der Entscheid, ob eine Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme angebracht sei oder nicht, via Gerichtsentscheid herbeigeführt werden musste.

Personeller Ausbau und Modernisierung der Ausrüstung ab den 1990er-Jahren

«War die Führung der Betriebsbuchhaltung (inklusive Budget) anfänglich noch Aufgabe der Amtsvormundschaft 1 in Möhlin, so wurde diese vorübergehend von der Neuen Aargauer Bank geführt und schliesslich vom Gemeindeverband übernommen», erinnert sich Christoph Hugenschmidt. Entsprechend entwickelten sich auch die personelle Situation und die Ausrüstung der Amtsvormundschaften. Computer ersetzten alte Maschinen für die periodische Berichterstattung sowie Mündelbuchhaltung.

Die stetige Zunahme der Fallzahlen verlangte einen personellen Ausbau beider Amtsvormundschaften. Während es im Jahr 1992 306 Fälle gab, waren es im Jahr 2003 schon 401 mit einem «Peak» im Jahr 2011 mit 598 Fällen. «In den 1990er-Jahren stark zugenommen haben beispielsweise die Unterhaltsverträge», schildert Christoph Hugenschmidt. «Wenn Eltern unverheiratet waren und man im Interesse des Kindes eine Unterhaltsregelung finden musste, galt es, sich dafür mit den Eltern zusammzusetzen. Bei der Entstehung des Kindes waren die Paare ja verliebt und dadurch empfanden sie es als Eingriff in das persönliche Leben. Bis die Eltern damit einverstanden waren, dauerte es oft», bilanziert der ehemalige Amtsvormund. «Aufwändig war es dann, wenn ein Elternteil nicht einverstanden war und man vor Gericht gehen und dort das Kind vertreten musste.»

Früher wurde ein uneheliches Kind anders von der Gesellschaft betrachtet als ab den 1990er-Jahren, als mehr und mehr Eltern unverheiratet waren oder blieben. «Früher war es so, dass ein uneheliches Kind von Gesetzes wegen einen Beistand brauchte. Erst mit dem neuen Gesetz 2013 und ab 2017 dann definitiv, wurde der Unterhalt anders geregelt, nämlich auf freiwilliger Basis», ergänzt Markus Geiter. «Unterhaltsverträge hat man für den «Worst Case» gemacht. Danach gab es immer noch Unterhaltsverträge, aber nicht wenn Eltern zusammen sind, sondern erst, wenn Eltern auseinander gehen.»

Teilweise 120, 130 Fälle pro Beistand in den Nullerjahren

«In den 1990er-Jahren bis 1999 lagen die Fallzahlen immer um die 300. In den 2000er-Jahren stiegen sie auf 327 an, 2001 waren es 341, 2002 dann 367 und 2005 schon 416. 2011 waren es 598»,

analysiert Markus Geiter und bringt die Zahlen mit der starken Bevölkerungszunahme im Fricktal in Zusammenhang. Als das Arbeitsvolumen weiter zunahm – insbesondere ab den 2000er-Jahren – gab es während drei Jahren mit Eveline Gertsch zusammen drei Amtsvormünder.

«Mit der Zunahme der Fälle war es so, dass man jemanden, für den man das Finanzielle übernommen hat, vielleicht noch einmal im Jahr gesehen hat. Für mich war das zu wenig, schliesslich war man verantwortlich für die Finanzen von jemandem», bilanziert Christoph Hugenschmidt. Der ehemalige Amtsvormund, der 2007 sein Amt beendet hat, beschreibt seine letzten Jahre als eine schwierige Zeit für die ganze Amtsvormundschaft mit teilweise 120, 130 Fällen pro Beistand. Nach Hugenschmidts Ausscheiden forderten die verbliebenen drei Beistände Pascal Jermann, Peter Übelhart und Esther Limberger 2008 eine weitere 100-Prozentstelle, was mit der Einstellung von Markus Geiter als Beistand umgesetzt wurde. Zwischen 2008 und 2012 war Pascal Jermann Bereichsleiter der Amtsvormundschaft bzw. Berufsbeistandschaft, im Jahr 2013 Heinz Glauser und seit 2014 Markus Geiter.

«Man hat mit jeglichen Lebenslagen von Menschen zu tun»

Früher liefen alle 14 Gemeinden unter dem Gemeindeverband bzw. unter der Amtsvormundschaft. Noch 2013 arbeiteten bis zu sechs Beistände beim GSBR. Nach der Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutz-Gesetzes traten im selben Jahr Kaiseraugst und 2013 Rheinfelden und Möhlin aus diesem Fachbereich des GSBR. «Wir haben bis zum 1. Januar 2014 Dreiviertel aller Fälle abgegeben, da diese nur die drei Gemeinden betroffen haben», erinnert sich Markus Geiter und thematisiert den Aufwand, den die Abgabe dieser Fälle erforderte. Seither betreut die Berufsbeistandschaft des GSBR noch die restlichen elf Gemeinden mit total sieben Mitarbeitenden, davon drei Beiständen. Nach dem Wechsel von der Vormundschaftsbehörde zum KESB gab es eine Reduktion der Mitarbeitenden. Waren es zuvor im Jahr 2012 581 Fälle, waren es 2017 noch 122. Heute sind es drei Beistände mit 190 Stellenprozenten.

«Als Berufsbeistandschaft waren wir ein Kompetenzzentrum mit viel Knowhow und Erfahrung. Durch die Veränderungen 2013 und dem Wegfallen von Kaiseraugst, Rheinfelden und Möhlin ging ein Teil verloren», schildert der heutige Be-

reichsleiter. Ein Kompetenzzentrum fördere nicht nur den Austausch zwischen mehreren Beiständen, sondern helfe auch bei besonders schwierigen und komplexen Fällen. «Die Partikulierung braucht mehr Ressourcen, als sie nutzt», so Geiter. «Die Argumentation war, dass man näher bei den Fällen sei mit der eigenen Beistandschaft. Dabei musste zum Beispiel Rheinfelden ganz neu anfangen, eine Beistandschaft aufbauen und ab 2014 auf einen Schlag drei Beistände suchen.» Insgesamt ist die Berufsbeistandschaft viel Vernetzungs- und Vermittlungsarbeit und somit eine vielfältige Tätigkeit. «Man hat mit jeglichen Lebenslagen von Menschen zu tun», bilanzieren sowohl Christoph Hugenschmidt als auch Markus Geiter. Im Vergleich zu den Anfängen des Gemeindeverbands sei die Unterstützung durch Fachstellen sehr viel grösser. Auch könne man als Beistand auf viel mehr Institutionen zurückgreifen, wo man Menschen platzieren kann. (CRW)

Logopädischer Dienst (LPD), ehemals Sprachheilambulatorium



Anke Eggmann und Marianne Kuhn

Die Logopädie beschäftigt sich mit der Diagnostik und Therapie von Stimm-, Sprech- und Sprachstörungen sowie Störungen der Schriftsprache. 14 Logopädinnen arbeiten heute in fest eingerichteten Räumen in den verschiedenen Schulhäusern von Kaiseraugst, Rheinfelden, Möhlin, Magden, Zeiningen, Stein, Wallbach u.a.

Die Sprache ist ein wichtiger Teil der Persönlichkeit des Menschen, da Sprache und Denken in engem Zusammenhang stehen. «Sprachliche Auffälligkeiten betreffen immer den ganzen Menschen und können Auswirkungen auf seine psychische und soziale Situation haben», schildern Anke Eggmann und Marianne Kuhn, seit Juni 2020 verantwortlich für die fachliche und organisatorische Leitung des Logopädischen Dienstes. GSBR-Geschäftsführerin Marlis Recher kümmert

sich um die personelle Leitung der Logopädie. Der Wert der Sprache in der Gesellschaft habe sich geändert, so Eggmann und Kuhn. Eltern verbringen weniger Zeit mit den Kindern als früher, sei es, weil beide berufstätig sind, sei es wegen überhöhtem Medienkonsum durch die Dauer-Präsenz des Mobiltelefons oder Tablets. Die Logopädinnen merken diese Veränderungen zum Beispiel am kleineren Wortschatz der Kinder heute. «Eltern haben ihre Kinder früher aktiver in den Alltag miteinbezogen und beim Essen am Tisch kommuniziert. Auch das Erzählen einer Geschichte am Abend war Teil unserer Kultur», erläutert Marianne Kuhn. In ihren Therapiestunden erleben Anke Eggmann und Marianne Kuhn, wie sehr Kinder es schätzen, wenn man sich ihnen in der Einzelsituation widmet.

Früher war der Logopädische Dienst für alle Kinder vom zweiten Geburtstag an bis zum Ende der obligatorischen Schule verantwortlich. Auf Veranlassung des Kantons kümmert sich seit 2012 die Stiftung Netz um die kleinen Kinder vor Eintritt in den Kindergarten. «Es fiel ein ganzes Spektrum weg, für welches sich die Logopädinnen eingesetzt und immer wieder weitergebildet haben», erklärt Anke Eggmann, die seit ihrem Studienabschluss 1993 am damaligen Institut für spezielle Pädagogik (ISP) der Universität Basel in den Räumlichkeiten der Schule Möhlin arbeitet.

Entstehung des ersten Zweckverbands der Logopädie im Jahr 1975

Wie die Berufsberatung, die seit 2006 dem Kanton angehört, wurde auch der Zweckverband der Logopädie bzw. des Sprachheilambulatoriums 1975 gegründet und ist ein Vorreiter des GSBR. Ende der 1970er-Jahre war Trix Maurer alleinige Logopädin für die kleineren Gemeinden des Bezirks. Vreni Rohrer und Brigitte Ericsson deckten Rheinfelden und Möhlin ab. Gaby Wespisser, einst Praktikantin von Trix Maurer, arbeitete 37 Jahre lang als Logopädin für den GSBR bis zur Pension 2019. Nach ihrer festen Anstellung als Logopädin stiess eine weitere Logopädin, Christine Brückner, zum GSBR. «Zu zweit engagierten sie

sich in den 1980er-Jahren für die Schaffung von Räumen an Schulen, die durch die zunehmende Nachfrage nach mehr Logopädinnen Anfang der 1990er-Jahre möglich wurden», resümiert Marianne Kuhn. 1992 arbeiteten acht Logopädinnen sowie zwei Praktikantinnen für den GSBR und verfügten über immer mehr Material und bessere Arbeitsmöglichkeiten. Heute sind es insgesamt 14 Logopädinnen.

Professionalisierung der Diagnostikmaterialien

«Die Störungsbilder sind dieselben wie vor 40 Jahren», bemerkt die studierte Linguistin und Logopädin Marianne Kuhn, die seit 20 Jahren in Rheinfelden arbeitet und zuvor Arbeitserfahrungen in Düsseldorf und Bergisch-Gladbach gesammelt hatte. «Therapiert werden Probleme der Lautbildung, Dysgrammatismus, Sprachverständnisstörungen, Sprachentwicklungsstörungen, Redeflussstörungen, Störungen der schriftlichen Sprache, Näseln, Stottern oder Selektiver Mutismus», so Kuhn.

Während noch Anfang der 1990er-Jahre Diagnostikmaterialien selber hergestellt wurden, hat sich die Forschung in der Logopädie mittlerweile etabliert. «Gerade in Deutschland entstehen laufend neue standardisierte Tests, die auch von den Logopädinnen im Bezirk Rheinfelden verwendet werden», beschreibt Marianne Kuhn. Die normierten Tests liefern einigermaßen verlässliche Vergleichswerte, sowohl zu anderen Kindern derselben Altersgruppe als auch zwischen verschiedenen Zeitpunkten beim selben Kind. «Dies trägt wesentlich zur Qualitätssicherung, sprich zu differenzierten Zielsetzungen und der Überprüfbarkeit von Fortschritten, bei», bilanziert Anke Eggmann.

Wichtige Zusammenarbeit mit Eltern und anderen Fachpersonen

Die Logopädinnen arbeiten mit Lehrpersonen, Heilpädagog*innen und «Logopädinnen im Frühbereich» von der Stiftung Netz, Ärzt*innen, Psycholog*innen, dem Schulpsychologischer Dienst u.v.m. zusammen. Für eine erfolgreiche Therapie ist die Zusammenarbeit zwischen Logopädin, Kind und Eltern unerlässlich. Helfen können allein schon eine Beratung der Eltern über unterstützende Verhaltensweisen und gezielte Übungsmöglichkeiten zu Hause. Mit dem

Einverständnis der Eltern wird das Kind abgeklärt und es kommt auf eine Warteliste. «Bei dringenden Fällen wie einer massiven Sprachentwicklungsstörung oder einer starken Lese- und Rechtschreibschwäche wird die Therapie sofort ermöglicht», betont Anke Eggmann. Die logopädische Abklärung besteht aus einer Anamnese mit Fragen nach der bisherigen Entwicklung, der Beurteilung der Sprache und einer Beobachtung verschiedener Entwicklungsbereiche, in welche die Sprache eingebettet ist. Falls notwendig veranlasst die Logopädin zusätzliche Abklärungen durch Fachpersonen aus anderen Spezialgebieten wie der HNO, der Pädiatrie oder der Neurologie.

«Sprachtherapie ist Kommunikationstherapie»

Die Therapie bei Kindern ist spielerisch aufgebaut und dem jeweiligen Entwicklungsstand angepasst. «Sprachtherapie ist in einem umfassenden Sinn Kommunikationstherapie», schildert Eggmann. Im Gegensatz zum Nachhilfe- oder DaZ-Unterricht (Deutsch als Zweitsprache) findet kein Unterricht mit vorgegebenen Methoden und Lehrplan statt. Die Dauer der Therapie hängt vom Schweregrad der Störung, vom Entwicklungs- und Lerntempo, der Motivation sowie vom familiären Umfeld ab. Nicht in jedem Fall wird Symptomfreiheit angestrebt, manchmal besteht das Ziel einer Therapie darin, die Voraussetzungen zur bestmöglichen Kommunikationsfähigkeit zu schaffen. Ein Beispiel dafür ist das Projekt STO KO KÖ, sprich STOtternKONtrollierenKÖnnen, das von Gaby Wespisser initiiert wurde. «In einem Jahreskurs wurde eine Gruppe von jeweils zehn Kindern und Jugendlichen in einer Intensiv-Start-Woche und über das Jahr verteilt an drei Wochenenden zusammen mit ihren Familien betreut», erinnert sich Gaby Wespisser. Zwischen 1999 und 2007 wurden 60 Familien begleitet. Normalerweise sei der Aufbau heutiger Therapieansätze auf «stationär – intensiv – Gruppen» im Ambulatorium nicht umsetzbar, so Wespisser. «In den Zwischenzeiten arbeitete jede Logopädin vor Ort mit ihren Kindern in ihrem LPD.» Die Redefluss-Störung Stottern gelte als eine der spannendsten und, für die Betroffenen und ihre Familien, belastendsten Sprachstörungen. «Auf sprachlicher Ebene heisst das Thema Sprechtechniken zur Kontrolle des Redeflusses und auf der psychologischen Seite stehen der offensive Umgang mit der eigenen Befindlichkeit und das Training in realen

Situationen im Fokus», erläutert die pensionierte Logopädin. Als zentral beschreibt sie den Support der Leidensgenoss*innen in der Gruppe, da Stotternde in ihrem Alltag selten bis nie ebenfalls Betroffenen begegnen. Das Konzept STO KO KÖ, das vier Nordwestschweizer Logopädinnen nach zahlreichen Fortbildungen auf der Grundlage der Bonner Stottertherapie von Holger Prüss erarbeitet hatten, konnte dank Interesse und Unterstützung der damaligen LPD-Kommission mit dem Präsidenten Mario Strähl auch im LPD Rheinfelden angewendet werden.

Zunahme der Fallzahlen zwischen 1992 und 2020

Die Zahl der Kinder, die eine Therapie benötigen, nimmt zu. «Im Schnitt muss ein Kind ein halbes Jahr auf eine logopädische Therapie warten, abgesehen von dringenden Fällen», berichten die Logopädinnen Anke Eggmann und Marianne Kuhn. Während in den 1990er-Jahren im Durchschnitt 59 Kinder pro Jahr auf der Warteliste standen, befanden sich in den beiden letzten Jahrzehnten 145 Kinder im Durchschnitt pro Jahr auf der Warteliste. Anke Eggmann erstellte aus den Jahresberichten zwischen 1992 und 2020, die sich in den Büroräumlichkeiten des GSBR in Rheinfelden befinden, absolute Zahlen. Während zwischen 1992 und 1999 im Durchschnitt 143 Kinder pro Jahr therapiert wurden, waren es zwischen 2000 und 2009 schon 150 Kinder und zwischen 2010 bis 2020 im Durchschnitt gar 196 Kinder. Bei der Legasthenie, die seit 1997 zum Logopädischen Dienst dazugehört, wurden Ende der 1990er-Jahre 116 Kinder therapiert, zwischen 2000 und 2009 im Schnitt 103 und im Anschluss 117 Kinder im Durchschnitt pro Jahr.

«Seit rund einem Vierteljahrhundert sinken die den Logopädinnen zugesprochenen Prozente pro 100 Kinder einer Gemeinde», bedauert Marianne Kuhn. 1997 gab der Kanton Richtlinien heraus, sodass seither noch 7 Prozent pro 100 Kinder einer Gemeinde von Logopädinnen betreut werden können. Seit 2020 sind es gar nur noch 6 Prozent pro 100 Kinder einer Gemeinde. «Da der Prozentsatz von der Einwohnerzahl abhängt, wird jedes Jahr gerechnet», schildert Anke Eggmann. «Hat Möhlin zum Beispiel mal mehr Zugezogene mit Kindern, habe ich ein paar Stunden mehr zur Verfügung. Wenn es weniger Familien hat, sind es weniger Stunden.»

Gründe für die steigende Nachfrage nach logopädischen Therapien

- Anke Eggmann und Marianne Kuhn thematisieren verschiedene Gründe für die Nachfrage:
- Anstieg der Kinderzahlen pro Gemeinde
- Durch grössere Bekanntheit der Logopädie melden sich Betroffene eher.
- In den Familien wird im Alltag weniger gesprochen.
- TV, Handy, PC als Unterhalter und weniger Treffen mit Familie und Freunden
- Mehr Kinder mit Migrationshintergrund (oft aus sozial schwächeren Schichten, oft mit wenig Zeit für die Kinder, oft andere kulturelle Schwerpunkte und wenig Sprachanregung)
- Bandbreite: Die Lehrpersonen akzeptieren nicht mehr, dass Kinder vom «Courant normal» abweichen. Lehrpersonen stehen unter einem grossen Druck von den Eltern, vom Kanton, von der Schulleitung und alles muss dokumentiert werden.
- Es wird heute genauer hingeschaut, ob jemand eine Entwicklungsstörung hat.

Gruppen- und Intervalltherapien als Lösungsansätze

Um mit den immer eingeschränkteren Ressourcen umzugehen, führen die Logopädinnen Gruppentherapien durch. In Intervalltherapien wiederum wird die Therapie nach einem halben Jahr unterbrochen, damit ein anderes Kind den Therapieplatz bekommen kann. Im Coaching schliesslich kommt das Kind vielleicht nur einmal pro Monat mit einem Elternteil in die Therapie. «Das geht zum Beispiel für ein Kind, das Probleme mit Lauten hat. Es liegt dann an den Eltern, mit dem Kind die Hausaufgaben zu machen bis zur nächsten Stunde mit der Logopädin», erklärt Marianne Kuhn.

Kinder mit Migrationshintergrund

«Wenn ein fremdsprachiges Kind zu der Logopädin kommt, muss genau abgeklärt werden, ob das Kind nicht nur ein Problem mit der deutschen Sprache hat, sondern auch ein Sprachentwicklungsdefizit, wozu es aber oft einen Dolmetscher bräuchte», sagt Anke Eggmann. Da es an den Schulen jedoch nicht Dolmetscher für jegliche in der Schweiz gesprochenen Sprachen gibt,

merken die Logopädinnen erst mit der Zeit mit dem Kind, an welchem Problem es liegt. In der Sprachentwicklung geht es darum, dem Kind in gewissen Bereichen wie dem Wortschatz Strategien zu vermitteln. «Es gibt Tools und Ansätze, z.B. computergesteuerte Testprogramme in türkischer Sprache, um den Wortschatz evaluieren zu können», erwähnt Marianne Kuhn. Aber es sei nicht einfach, da es enorm viele Kinder mit Migrationshintergrund gebe.

Die Logopädie schätzt die Zugehörigkeit zum GSBR

Durch die Neu-Ressourcierung des Kantons werden die Lektionen sprich Ressourcen nach einer Übergangsfrist von drei bis vier Jahren direkt den Schulen zugeteilt. «Wenn wir von den Gemeinden keine Kündigung erhalten haben, müssen die Schulen die zugeteilten Lektionen an den GSBR weiterleiten und wir können die Arbeitsverträge unserer Logopädinnen weiterführen», schildert Marlis Recher. «Mit letzterem rechnen wir, weil wir in den Workshops erfolgreich mit den Schulleitungen zusammengearbeitet haben und daraus ein gemeinsamer Leitfaden für die Zusammenarbeit entstanden ist», so Recher. Auch die Logopädinnen Anke Eggmann und Marianne Kuhn hoffen auf diese Lösung. Die Zugehörigkeit zum GSBR habe für die Logopädie den Vorteil der flexiblen Pensenbewirtschaftung. «Ist zum Beispiel einmal mehr Bedarf in Rheinfelden, aber weniger Bedarf in Möhlin, können die Pensen einfach umgeteilt werden», schildert Anke Eggmann.

Ein weiterer Aspekt ist der regelmässige Fachaustausch, den der GSBR ermöglicht. «Wir sind ein Team mit 14 Therapeutinnen und treffen uns jeden Monat zu Team- und Intervisionssitzungen, die unsere Belange betreffen und der Qualität unserer Arbeit direkt zu Gute kommen», schildert Marianne Kuhn. Neben dem Qualitätszirkel, an dem fünf Mal im Jahr fachliche Themen bearbeitet werden, besuchen sie gemeinsame Fortbildungen und besprechen sich regelmässig mit Marlis Recher.

Legasthenie - seit 1997 beim GSBR

Während sich die Logopädie sowohl mit der gesprochenen als auch mit der geschriebenen Sprache befasst, geht es in der Legasthenie ausdrücklich um die geschriebene Sprache wie Lesen und Schreiben. Bis zur Integration der

Legasthenie in den GSBR im Jahr 1997 war die Legasthenie ein eigener Bereich und der Schule angegliedert.

«Als Legasthenie-Pionierinnen gelten Dorothea Helbling und Regine Roth aus Möhlin sowie Annemarie Moser-Spielmann aus Magden», erinnert sich Alice Urwyler-Schnyder, die ich im Schulhaus Robersten Rheinfeldens treffe. Seit vierzig Jahren arbeitet sie sowohl als Legasthenietherapeutin als auch als Heilpädagogin im Robersten, der Schützenmatt, im Engerfeld und der Rheinfelder Altstadt sowie auch in Stein. Als ebenfalls engagierte Legasthenietherapeutinnen bezeichnet sie Ursula Thüer in Rheinfelden, Marion Roloff in Rheinfelden (Augarten), Magden, Olsberg und Mumpf, Regine Roth in Möhlin, Obermumpf und Magden, Hans-Georg Schulz in Möhlin und Gabrielle Bieber-Delfosse in Wallbach, Schupfart und Zeiningen. Verschiedene Personen hätten sich für die Belange der Legasthenietherapeutinnen zusätzlich eingesetzt, betont Urwyler. «Als Grossrätin stellte Regine Roth ihre politischen Kompetenzen und Beziehungen in den Dienst des GSBR. Dr. phil. Gabrielle Bieber-Delfosse wiederum arbeitete manche Jahre in der Kantonalen Weiterbildung für Sprachheilpersonen an vorderster Front und unterstützte dabei mit ihrer grossen Fachkompetenz tatkräftig den kantonalen Legasthenieverband sowie uns LegasthenietherapeutInnen im GSBR», beschreibt Alice Urwyler.

Seit dem Schuljahr 2011/ 2012 setzte eine Zuweisung zur Legasthenietherapie eine Abklärung durch eine Sprachheilsfachperson voraus und nicht wie bisher durch den SPD. So gab es mehr Legasthenietherapeutinnen mit Ausbildungen wie Schulpsychologie, Sonderpädagogik, Heilpädagogik und zusätzlichen Ausbildungen in Legasthenie und Dyskalkulie, die zum LPD kamen. «Der Austausch an Schulen zwischen Fachpersonen mit unterschiedlichem beruflichem und persönlichem Hintergrund ermöglicht immer wieder neue Wege, wie einem Kind mit Sprachentwicklungsproblemen geholfen werden kann», resümiert Alice Urwyler. (CRW)

Mütter- und Väterberatung (MVB)



Esther Rüttimann mit dem Team der Mütter- und Väterberatung des Bezirks Rheinfelden

Die Mütter- und Väterberatung (MVB) hat das Ziel, Familien mit Kindern zwischen 0 und 5 Jahren zu den Themen Entwicklung und Erziehung, Pflege, Ernährung, Elternwerden und Elternsein zu coachen. Angepasst an die mobile Gesellschaft beraten fünf Mütter- und Väterberaterinnen mehrmals pro Woche inklusive Abendberatung telefonisch, per Mail (online-Chat ab 2021 vorgesehen) und im live-Gespräch an den Beratungsstellen. Während die MVB früher an 16 Standorten arbeitete, erfolgte durch die Teil-Zentralisierung 2018 eine Reduktion auf nur noch vier Standorte.

Die Mütter- und Väterberatung (MVB) des Bezirks Rheinfelden wurde im Februar 1933 von der Pro Juventute gegründet. Ab 1946 wurden in allen Bezirksgemeinden einmal pro Monat Sprechstunden aufgebaut. Ab 1947, seit der Einführung des kantonalen Säuglingsfürsorgegesetzes, wurde die Mütter- und Väterberatung durch Gemeinde- und Kantonsbeiträge finanziert. Die MVB, die 1972 zum Verein wurde, erfährt von Einwohnergemeinden und teilweise von Spitälern von den Geburten im Bezirk. 2001 delegierte der Kanton Aargau durch das Gesundheitsgesetz den Auftrag zum Angebot des Beratungsdienstes der MVB, aber auch die Kosten wie jene für das Nachdiplomstudium zur Mütter-/Väterberaterin

an die Gemeinden. 2003 schloss sich die MVB dem Gemeindeverband «Soziale Fachbereiche Bezirk Rheinfelden» an. 2010 wurde der Auftrag, dass jede Gemeinde einen kostenlosen MVB anbietet, im kantonalen Gesundheitsgesetz verankert.

Mit der Teamleiterin Esther Rüttimann zusammen beraten heute total fünf Mitarbeiterinnen in Rheinfelden, Stein, Kaiseraugst und Möhlin. Sämtliche Beraterinnen verfügen über eine Ausbildung als Pflegefachfrau. Einige haben Nachdiplomstudiengänge in Mütterberatung oder Erziehung absolviert.

Schwester Idi: Kontrollorgan und «Mütterausbildnerin»

«Meine Vorgängerinnen haben viel Aufbauarbeit für unseren Beruf geleistet», betont Esther Rüttimann, Leiterin der MVB seit 2014. Von 1946 bis 1975 ging Ida Furrer als einzige Kinderkrankenschwester und besser bekannt als Schwester Idi zunächst zu Fuss, ab 1953 in einem durch Fundraising finanzierten VW-Käfer zu den Müttern im ganzen Bezirk nach Hause und achtete auf Sauberkeit und geordnete Verhältnisse. Nach einem ersten Hausbesuch ohne Vorankündigung folgten weitere Besuche oder Gespräche auf der Beratungsstelle. Die Beraterin bot zudem fünf mehrteilige Säuglingspflegekurse pro Jahr an. Während Schwester Idi einen klaren Auftrag zur Kontrolle und «Mütterschulung» hatte, übernahmen ihre Nachfolgerinnen vermehrt eine beratende Funktion. «Schwester Idis Nachfolgerinnen kämpften um den Stand des Berufs und zeichneten selber die ersten Gesundheitsbüchlein für die Kinder. Immer wieder nahmen sie mit dem Kanton Kontakt auf und erreichten nach zähen Verhandlungen, dass die MVB 2010 beim Kanton im Gesundheitsgesetz verankert wurde», schildert Esther Rüttimann. Während regelmässige Kontrollen beim Kinderarzt heute üblich sind, war es früher die MVB-Beraterin, die ein waches Auge auf gesundheitliche Beeinträchtigungen hatte und zum Beispiel einen Routine-Sehtest für alle Kinder im Kindergarten organisierte.

Aufbauarbeit durch Elisabeth Sacher und Jeannette Dillier u.a.

Eine der zentralen Rollen in den letzten vier Jahrzehnten der MVB Bezirk Rheinfelden übernahm Elisabeth Sacher, die von 1983 bis 2013 als Beraterin arbeitete. Von 1983 bis 1989 zu 100 Prozent, danach zu 90 Prozent. Ab 1986 wurde der Stelenschlüssel um 40 Prozent erhöht und Elisabeth Sacher bekam eine Berufs- und Arbeitskollegin. In den Nullerjahren teilten sich Elisabeth Sacher, Jeannette Dillier und Regina Stöckli 150 Prozent. Jeannette Dillier war neben ihrer Basisarbeit in der Beratung in den Jahren von 2001 bis 2013 zudem Teamleiterin der MVB. «Elisabeth Sacher und Jeannette Dillier haben in ihrer langjährigen Tätigkeit viel qualitative Aufbauarbeit geleistet und die Institution von der Säuglingsfürsorge zur flächendeckenden Anlaufstelle für Eltern entwickelt», bilanziert Esther Rüttimann.

Veränderte Bedürfnisse der Eltern als Gründe für die Teil-Zentralisierung

Die Teil-Zentralisierung auf vier Beratungsstellen begründet Esther Rüttimann mit den veränderten Bedürfnissen der Eltern, deren Mehrheit sich heute online und analog zum Thema Geburt und Kindererziehung weiterbildet. «Die Mehrheit der Frauen ist bei der Geburt des ersten und zweiten Kindes berufstätig. Gerade Beratungen via Telefon oder per Mail werden immer beliebter. Im Gegensatz zu früher sind die heutigen Mütter überhaupt oft unterwegs», schildert Esther Rüttimann und weist auf beliebte Frühförderungs-Angebote wie Spielgruppen oder Kinderschwimmen hin. Die Eltern wünschen sich zeitnahe Unterstützung und sind infolge hoher zeitlicher Auslastung froh um ein flexibles Beratungsangebot. Um sich den verändernden Bedürfnissen der heutigen Mütter anzupassen, plant Esther Rüttimann unter anderem ein online-Terminbuchungstool.

Professionelle Einrichtung der vier Räumlichkeiten seit 2018

Seit der Teilzentralisierung vor zwei Jahren können Eltern - unabhängig vom eigenen Wohnort - einen der vier Standorte in Rheinfelden, Möhlin, Kaiseraugst und Stein frei nutzen und sich auch kurzfristig für Beratungstermine anmelden. «Die Nachfrage nach Hausbesuchen, ein Angebot, das trotz Zentralisierung bestehen bleibt, ist

in den letzten zwei Jahren nicht sonderlich gewachsen», schildert Esther Rüttimann. Die Familien litten demnach nicht unter der Veränderung, dass die MVB nicht mehr im Dorf sei. «Sie schätzen es vielmehr, dass die vier Räumlichkeiten in Rheinfelden (drei Tage pro Woche), Kaiseraugst (zwei Halbtage pro Woche), Möhlin (zwei ganze Tage pro Woche) und Stein (anderthalb Tage pro Woche) professionell eingerichtet sind», bilanziert Esther Rüttimann.

Die Örtlichkeiten bis zur Zentralisierung 2018 waren nicht immer fix und die MVB musste manchmal von einem Tag auf den anderen aktiv werden, um einen geeigneten Raum zu finden. Fliessendes Wasser war nicht überall vorhanden. Problematisch waren unter anderem Kirchgemeindehäuser oder Untergeschosse von Turnhallen, die zeitweise vom Militär benutzt wurden. Die MVB betreut Familien mit einem unterschiedlichen konfessionellen und kulturellen Hintergrund.

Dokumentationspflicht erfordert eine hohe Dokumentationsqualität

Die Informationen zu den Familien hatten die Mütterberaterinnen früher im Kopf. Auch als Esther Rüttimann 2009 mit der Arbeit als Mütterberaterin begann, war es üblich, das Wichtigste stichwortartig auf Papier zu dokumentieren. Heute erfordert die Dokumentationspflicht eine hohe Qualität der Einträge. Einerseits ist auf diese Weise die Fortsetzung des Beratungsprozesses auch bei kurzfristigem Wechsel der Beraterin möglich, andererseits können bei Bedarf Situationen rekonstruiert werden. So wuchsen die administrativen Arbeiten, und damit auch der Digitalisierungsbedarf. Mit der neuen Geschäftsleitung des GSBR 2014 entstand eine Homepage für den Verband und ein neues Logo und es wurde ein Laptop für das Team angeschafft. Seit 2015 besitzen alle Mitarbeiterinnen einen eigenen Laptop und seit 2019 arbeitet die Fachstelle mit einem digitalen «Klienten-Doku-Tool».

Gründe für steigende oder sinkende Fallzahlen zwischen 1980 und 2020

«Die Beratungszahlen sind schwankend und hängen von zahlreichen Faktoren ab: Geburtenzahl, Mobilität und Auslastung der Eltern, Jahreszeit, Wetter, Infrastruktur und Zugänglichkeit der Beratungsräume etc.», schildert Esther Rüttimann. «Generell ist zu sagen, dass die Beratungsthemen

komplexer geworden sind in den letzten Jahren und deshalb der Bedarf an Kurzberatungen sinkt und derjenige an umfassenden Beratungen ansteigt», so Rüttimann.

Zwischen 1980 und 1990 stieg die Zahl der Geburten von 380 auf 440 und die Beratungen von 2900 auf 3500 an. Telefonisch fanden zwischen 790 und 880 Beratungen statt.

Im folgenden Jahrzehnt zwischen 1991 und 2000 nahmen die telefonischen Beratungen (bis zu 1600) weiter zu, obwohl die Geburtenanzahl von 440 auf 390 und die Beratungen von 4500 auf 3500 gesunken sind.

Von 2001 bis 2010 bewegten sich die Geburten zwischen 340 und 440 und die Beratungen zwischen 3200 und 3700; mit bis zu 1600 telefonischen Beratungen.

Im letzten Jahrzehnt wurden 450 bis 520 Geburten verzeichnet und die Beratungen stiegen von 3600 auf 4000 an, die telefonischen Beratungen sogar von 1500 auf 2000.

«Im Jahr 1996 und in den Jahren 2000-2007 bewegten sich die Geburtenzahlen im Bezirk auf tiefem Niveau (unter 400), entsprechend waren auch die Beratungszahlen eher tief (3200- 3700)», bilanziert Esther Rüttimann. In diesen Jahren sei eine Halbierung der Hausbesuche, dafür ein stetiger Anstieg der Telefonberatungen zu beobachten gewesen. «In den Jahren 2015 bis 2016 stieg die Geburtenzahl erstmals auf über 500. Dementsprechend stiegen Beratungszahlen ebenfalls an und erreichten im Jahr 2017 knapp die Viertausendermarke (3992)», sagt Esther Rüttimann und thematisiert dabei die Bewilligung einer notwendigen Stellenplanerhöhung.

«2017 gab es sehr viele Mehrlingsgeburten», erinnert sich die Bereichsleiterin. «Mehrlingsfamilien werden zur Entlastung der Eltern im ersten Lebensjahr zuhause beraten, daher ein sprunghafter Anstieg der Hausbesuche auf knapp 400.» Im Jahr 2019 gab es eine erneut hohe Geburtenrate (504) und erstmals rekordhohe Telefonberatungen (>2000). «Erstmals gab es mehr Telefon- als Live-Beratungen», so Rüttimann. Der Trend von der Live- zur Telefonberatung sei auch in anderen Bezirken des Kantons Aargau zu beobachten. Die Beratungsstelle March im Kanton Schwyz etwa, die eine Totalzentralisierung etwa fünf Jahre vor dem Bezirk Rheinfelden vorgenommen hatte, bestätige das Phänomen der Verschiebung zur Telefonberatung in den ersten Jahren nach der Umstellung. Danach gleiche es sich wieder aus.

Die Bedeutung der heutigen MVB

Für Heinz Kim, Verbandspräsident zwischen 2013 und 2019, steht die grosse Bedeutung der Mütter- und Väterberatung ausser Frage. «Mit der Einführung des Erwachsenen- und Kinderschutzgesetzes 2013, das in Rheinfelden die KESB am Gericht ausführt, müssen wir in der Mütter- und Väterberatung, aber auch im Schulsozialdienst, genau hinschauen, wie es den Jüngsten in unserer Gesellschaft geht», schildert Heinz Kim, unter dessen Leitung die Teil-Zentralisierung der MVB von 16 auf noch vier Gemeinden vorgenommen wurde. Die Frage, ob problematische Fälle freiwillig in die Beratung kämen, stelle sich bei jeder Beratungsfachstelle.

Seit 2013 erhält die MVB konkrete Aufträge von der KESB am Familiengericht, bei gewissen Familien genauer hinzuschauen. Manchmal geschieht dies auch mit der Fachstelle persönliche Beratung, welche die MVB für die Beurteilung des Kindeswohles bezieht. Die Mitarbeiterinnen der MVB beurteilen den körperlichen und psychischen Entwicklungsstand des Kindes sowie die Eltern-Kind-Interaktion und -Bindung und werden extra dafür geschult. Die Partner der MVB sind Ärzte, Psychologen und Psychiater, Fachstellen für den Frühbereich wie Netz, ZEKA (Zentrum Körperbehinderte Aargau) und Leiterli (Programm Frühe Förderung Leiterli) sowie die Fachstelle für persönliche Beratung. Mit diesen Stellen pflegt die MVB einen regen Fachaustausch.

Die Wichtigkeit der Intervision und Supervision für Beraterinnen

Die MVB-Beratung setze ein professionelles Verhalten in Konflikten voraus, erläutert Esther Rüttimann. Distanz zu den Fällen erhielten die Beraterinnen insbesondere im Austausch im Team unter einander. Als neue Teamleiterin der MVB Bezirk Rheinfelden bat Esther Rüttimann 2015 den damaligen Geschäftsführer des Gemeindeverbands Heinz Glauser zudem um Intervisionen. «Gewiss ist eine MVB-Beraterin als Coach eine Begleitperson von Familien, den Weg jedoch müssen die Eltern selber gehen», sagt Rüttimann. Nicht alle Familien sind sich ihrer Eigenverantwortung bewusst. «Wenn ich merke, dass Menschen mir zu viel Energie rauben, muss ich eine Grenze ziehen. Manchmal spürt man die Grenze zwar, man traut sich jedoch nicht, stop zu sagen», schildert Esther Rüttimann. «Plötzlich sitzt man so auf einem Nestchen oben und es dreht

und dreht und das ganze Team weiss um das Problem. Dann braucht man Unterstützung von aussen», bilanziert Esther Rüttimann. Neben den regelmässigen teaminternen Intervisionen nutzt die MVB des Bezirks Rheinfelden mit dem Team vom Oberen Fricktal zusammen zwei Mal jährlich eine externe Supervision durch einen externen Coach bei besonders komplexen Fällen.

Niemand muss immer Superheld*in sein

«Früher erzog eine ganze Familie ein Kind und die Belastung wurde in einer Grossfamilie abgefedert», sagt Esther Rüttimann. Das habe sich massiv verändert. Heutzutage liege die Belastung ausschliesslich auf den Eltern, die oft beide berufstätig sind. Mütter, die auch heute noch den grösseren Teil der Kinderbetreuung übernehmen und oft schon ab dem ersten Kind Teilzeit arbeiten, fühlten sich ausgelaugt. Zusätzlich würden sich Frauen viel Druck selber machen, um auch im Haushalt und als Partnerin top zu sein. Ihre Aufgabe als Mütter-/Väterberaterin sieht Esther Rüttimann darin, den Eltern Vertrauen zu schenken, brauche das Kind doch die Eltern während einer langen Zeit. Um gesund zu bleiben, müssten Eltern die eigenen Bedürfnisse wahrnehmen, sagt sie. Ihr Tipp sei es, weniger anspruchsvoll mit sich selber zu sein und nicht nonstop auf jeder Ebene wie Superheld*innen in Comics brillieren zu wollen.

Coach und Sozialpartner der Eltern

Während das «Wochenbett» im Spital heute kaum noch diesen Namen Wert ist, begleiten seit Einführung der Fallpauschale die Hebammen die Familien zu Hause während der ersten 56 Tage nach der Geburt. Wenn Hebammen merken, dass bei einer Familie etwas im psychosozialen Umfeld nicht stimmt oder sie aus anderen Gründen Bedarf an einer nahtlosen Begleitung der Familie feststellen, können sich bei der MVB melden. Manchmal müssen die MVB-Beraterinnen bei diesen Familien mehrmals nachfragen, bis ein Kontakt hergestellt ist. Wenn eine Familie den Kontakt abklemmt, ist die MVB machtlos. Oft sei das bei den Familien, bei denen eine Begleitung nötig wäre, der Fall.

«Wir sehen uns heute als Coach und Sozialpartner der Eltern», sagt Esther Rüttimann. Seit den Nullerjahren pflegt man die lösungsorientierte Beratung. Unangekündigte Besuche

kommen heute nicht mehr vor. Nach der Geburt eines Kindes erhält jede Familie einen Informationsbrief der MVB, deren Beratungsangebot freiwillig ist. Im Angebot der MVB stehen seit diesem Jahr auch Workshops, die neben der Fachwissensvermittlung auch den Austausch unter Eltern fördern soll. (CRW)

Fachstelle für persönliche Beratung (FpB)



Bruni Moritz und Eric Weil

Die Fachstelle für persönliche Beratung ist eine regional gewachsene, polyvalente Beratungsstelle, die zum Gemeindeverband Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden gehört und der Vereinigung der Jugend-, Ehe- und Familienberatungsstellen des Kantons Aargau angeschlossen ist. Sie hat zur Aufgabe, Jugendliche, Einzelpersonen und Familien in ihren persönlichen und sozialen Problemen zu beraten. Die Arbeit der Fachstelle basiert auf dem Artikel 12 der Bundesverfassung, demnach jeder Mensch ein Anrecht auf Hilfe in Notlagen hat. Entsprechend dem aargauischen Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) § 4 Absatz 2 umfasst Sozialhilfe die materielle und immaterielle Hilfe. Dabei bedeutet Letztere gemäss § 8 SPG insbesondere Beratung, Betreuung und Vermittlung von Dienstleistungen.

In unserer Gesellschaft gibt es seit jeher sozial engagierte, hilfsbereite und grosszügige Menschen. Doch lange war man nicht bereit, Sozialarbeit in ihren verschiedensten Formen als einen qualifizierten Beruf mit abgeschlossenem Studium und konstanter Weiterbildung anzuerkennen. «Dies hat sich in den letzten 30 Jahren gründlich geändert», erzählt Eric Weil, der erste Leiter der heutigen Fachstelle für persönliche

Beratung (FpB). «Heute arbeiten Wirtschaft und Politik meist verantwortungsbewusst und professionell mit der Sozialarbeit zusammen.» Trotz den früher existierenden Vorurteilen beschäftigte der 1970 gegründete Jugendfürsorgeverein Bezirk Rheinfelden bereits eine ausgebildete Kraft. 1986 wurde dieser unter dem Namen Jugend- und Familienberatung (JFB) als eigenständiger Fachbereich in den Gemeindeverband Sozialdienste Bezirk Rheinfelden integriert. Einige der Gemeindevertreter hatten zunächst Bedenken, dass es aufgrund der gesetzlichen Schweigepflicht zu Doppelspurigkeiten bei persönlichen Beratungen kommen könnte. Was zu steigenden Kosten führen würde, wenn sich Klientinnen und Klienten unkoordiniert auf mehreren Stellen beraten lassen würden. Diese Ängste erwiesen sich jedoch als unbegründet. Vertrauen ist bei den Beratungen der JFB essenziell und somit auch die Schweigepflicht. «Der Austausch mit den Sozialdiensten sowie mit anderen Beratungsstellen erfolgt grundsätzlich nur mit der Kenntnis und Zustimmung der Klientel», betont Bruni Moritz, die jetzige Stellenleiterin. «Er dient einer ressourcenorientierten Zusammenarbeit, um eine möglichst optimale Lösung zur jeweiligen Problemstellung zu finden.»

Ausbau und Professionalisierung

Im Januar 1987 nahm Eric Weil seine Tätigkeit in der Jugend- und Familienberatung auf, baute diese in den nächsten Jahren systematisch aus und professionalisierte sie. Ursprünglich war er im wirtschaftlichen Bereich tätig, besuchte dann aber die Abendschule für Sozialarbeit und absolvierte ein Nachdiplomstudium für Paar- und Familientherapie auf systemischer und ressourcenorientierter Ebene. Seine Erfahrungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bildeten einen wichtigen Grundstein für die gute und langjährige Zusammenarbeit der JFB mit den Verbandsgemeinden. «Bereits damals zählten neben persönlichen Beratungen auch Projekt- und Präventionsarbeit sowie die gute Vernetzung mit den Gemeinden und den sozialen Stellen zu den

wesentlichen Aufgaben der JFB», berichtet Weil. 1989 konnte das Stellenpensum der Jugend- und Familienberatung aufgrund zunehmender Beratungsanfragen erstmals aufgestockt werden: 120 Stellenprozent respektive die Aufteilung in zwei 60-Prozent-Stellen ermöglichten es, dass zusätzlich eine Sozialarbeiterin eingestellt werden konnte, so dass bei Beratungen fortan sowohl eine männliche als auch eine weibliche Sichtweise vertreten war. Wenig später kamen noch weitere 30 Stellenprozent für Sekretariatsarbeit hinzu. 1991 trat Bruni Moritz, die heutige Fachbereichsleiterin, die 60 Prozent-Stelle neben Eric Weil in der JFB an.

Professionelle Beratung versus wirtschaftliche Effizienz

Seit der Integration der Jugend- und Familienberatung in den Gemeindeverband haben die Fallzahlen des Fachbereiches deutlich zugenommen. «1988 hatten wir 83 Fälle, 2001 dann bereits 251 und im Jahr 2019 dann insgesamt 638 gesetzliche Aufträge und freiwillige Beratungen», erklärt Bruni Moritz. Vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen sowie neuer Aufgaben wurde seitens der Verbandsgemeinden der Ruf nach einer differenzierten Zeiterfassung zusehends lauter. «Daher machten wir uns auf die Suche, wie sich unsere Klientenarbeit in den verschiedenen Bereichen sowie die Leitungsarbeit, Administration, Teamsitzungen, Fallbesprechungen und Weiterbildungen glaubwürdig und transparent belegen lassen. Zudem sollte eine Datenbasis etwa für Erweiterungen der Stellenprozent geschaffen werden», erzählt Eric Weil. 2004 wurde dann eine Zeiterfassung eingeführt und diese 2016 mit dem System «TAW» erweitert: Seitdem wird die Zahl der Arbeitsstunden pro Klientel festgehalten. Diese werden zum Jahresende direkt mit den Wohngemeinden der Klientinnen und Klienten der JFB verrechnet. Insgesamt 40 Prozent der Tätigkeiten – wie allgemeiner Telefondienst, Teamsitzungen, Netzwerkarbeit, Ferien und Krankheit – werden hingegen zu gleichen Teilen von allen Gemeinden gemeinsam getragen.

Integration der Frauenberatung

Im Jahr 2003 wurde die Frauenberatung (FB) in die JFB integriert. Zuvor wurde diese Beratungsstelle von einem privaten Träger finanziert, allerdings ohne klar definierten räumlichen Arbeitgeber,

wie es heute die 14 Verbandsgemeinden mit ihren entsprechenden Budgets sind. Dies führte dazu, dass die FB 2002 unter der ursprünglichen Trägerschaft ihr Angebot einstellen musste. «Da jedoch die Bedeutung der Frauenberatung erkannt wurde, erhielten wir als Jugend- und Familienberatung vom Vorstand des Gemeindeverbands den Auftrag, diese bei uns zu integrieren», schildert Eric Weil. Auf diese Weise konnte die Frauenberaterin von bestehenden Strukturen der JFB wie Sekretariat, Teamsitzungen, Fallbesprechungen und Vertretungslösungen für Abwesenheiten profitieren. Zudem konnte in Fällen von häuslicher Gewalt nun eine Beratung männlicher Täter von Seiten der JFB geleistet werden. Durch die Integration der Frauenberatung (FB) erschien die Bezeichnung «Jugend- und Familienberatung» nicht mehr adäquat, und so entstand die «Fachstelle für persönliche Beratung» mit den beiden Unterbereichen, der FB sowie der Jugend-, Einzel- und Familienberatung (JEFB). 60 Prozent der die FB aufsuchenden Frauen sind Migrantinnen, das heisst, sie kämpfen zusätzlich zu ihrer persönlichen Lebenssituation mit sprachlichen Problemen und kulturellen Unterschieden. Häufig werden in der FB Beratungen in Bezug auf Trennung oder Scheidung gewünscht. Dies erfordert mitunter eine intensive Begleitung. Viele Frauen benötigen Hilfe bei Formalitäten und der Abklärung von sozial- und versicherungsrechtlichen Fragen. Inês Schranz, die derzeitige Frauenberaterin, ist gebürtige Brasilianerin und vertraut mit dem Umgang mit kulturellen Unterschieden. «Ich kann mich gut in die Situation meiner Klientinnen einfühlen und so auch ihr Vertrauen gewinnen.» Mittlerweile befindet sich die Frauenberatung im gleichen Haus wie die JEFB, besitzt aber einen separaten Eingang und ein räumlich abgetrenntes Beratungszimmer.

Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts

Seit der Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) im Jahr 2013 gehört es zum Aufgabengebiet der Fachstelle, deutlich mehr gesetzliche Aufträge zu bearbeiten. Deren Anteil beläuft sich zwar «nur» auf 27 Prozent, doch der zeitliche Aufwand für deren Bearbeitung einschliesslich der Erstellung von Gutachten und Berichten ist wesentlich grösser als derjenige für freiwillige Beratungen. Im Jahr 2019 wurden 53 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden für Behördenaufträge aufgewendet. Darunter

fallen das Führen angeordneter Erziehungsberatungen, Abklärungen hinsichtlich Kinderschutz, Erziehungsbeistandschaften und -aufsichten sowie Pflegekinderaufsichten. Die Ausführung des KESR obliegt im Kanton Aargau den Familiengerichten. Dort beurteilt ein interdisziplinär zusammengesetztes Team aus Juristen, Psychologen und Sozialarbeitenden gefährdende Lebenssituationen von Kindern und Erwachsenen und leitet bei Bedarf unterstützende Massnahmen ein. Vor Einführung des KESR war es Aufgabe der Vormundschaftsbehörde der jeweiligen Wohngemeinde, hinsichtlich erforderlicher Massnahmen zu entscheiden – keine leichte Aufgabe für ein Laiengremium. Gegenüber diesem bietet das Familiengericht den Vorteil, als neutrale Institution nicht befangen zu sein. Etwa, wenn dieses eine Wohngemeinde bitten muss, für eine Massnahme in Vorleistung zu treten bis die betroffene Familie diese im Rahmen der Unterhaltspflicht selbst finanzieren kann. «Unter den Familiengerichten ist auch die Zahl der Heimunterbringungen zurückgegangen. Denn sie entscheiden sehr verantwortungsvoll und sind eher bereit, ein Risiko im Sinne der Familie zu tragen. Was ein Laiengremium nicht zu verantworten vermochte», resümiert Bruni Moritz. «Dass die Zuständigkeiten hinsichtlich Fallbeurteilung und Finanzierung der unterstützenden Massnahmen getrennt wurden, ist somit in mehrfacher Hinsicht positiv.»

Mit Widerständen umgehen

Werden Klientinnen und Klienten von den Gemeinden oder dem Familiengericht aufgeboten, sind diese gezwungen, mit der Fachstelle zusammenzuarbeiten. Was Betroffene immer wieder als kränkend und als Bevormundung empfinden. Mit diesen Widerständen umgehen zu können, sei nicht immer einfach, beschreibt die Stellenleiterin. Derartige Reaktionen seien zwar verständlich, aber die Fachstelle besitze einen klaren Auftrag. «Mein Team und ich müssen solche Beratungssituationen mit einem Mix aus konsequenter Haltung, Verständnis und Geduld meistern. Fehlt die Mitarbeit der Klientinnen und Klienten, gestaltet sich dies oft schwierig», so Moritz. «Fakt ist, dass die Verantwortung für ihr Leben stets bei den Betroffenen bleibt, denn sie kennen ihre Situation am besten.» Die Mitarbeitenden der Fachstelle richten die Beratung auf ihre Klientinnen und Klienten aus – auch hinsichtlich der angestrebten Beratungsziele. Dabei stehen die Stärken, Fertigkeiten und Ressourcen der Klientel im Vor-

dergrund; diese bilden den Ausgangspunkt für Veränderungen.

Veränderte Themenschwerpunkte

Bis vor wenigen Jahren hat die Fachstelle Schuldensanierungen bis zu Fr. 150'000.– vorgenommen. Da andere Aufgaben wie persönliche Beratungen und der zivilrechtliche als auch der gesetzliche Kinderschutz stärker in den Fokus gerückt sind, hat man die Sanierungen an die kantonale Fachstelle für Schuldenberatung abgegeben. «Unsere Fachstelle bietet jedoch nach wie vor Budget- und Schuldenberatungen an», erklärt Bruni Moritz. Auch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und der Fachstelle für persönliche Beratung hat sich über die Jahre verändert. Zahlreiche Aufgaben, die vor der Gründung des Schulsozialdienstes (SSD) 2001 von der Jugend- und Familienberatung abgedeckt worden sind, hat mittlerweile der SSD übernommen. Klientinnen und Klienten können aber weiterhin zur Einzel- oder Familienberatung zur FpB überwiesen werden. «Wichtig ist, dass unsere Fachstelle in der Oberstufe vorgestellt wird, so dass Jugendliche sich bei Bedarf an uns wenden können», so Moritz. «Denn Prävention, zu der unsere freiwilligen Beratungen gehören, ist ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit.» Für darüberhinausgehende Projekte, wie etwa das Präsentieren der Fachstelle an Elternabenden, bleibt dem Team wenig Zeit. «Dabei würden sich solche Angebote sicherlich auch wirtschaftlich auszahlen. Denn je frühzeitiger eine Beratung erfolgt, desto effektiver ist diese», kommentiert Eric Weil.

Ein Problem kommt selten allein

«Zu den grösseren Herausforderungen für unser Team gehört die zunehmende Komplexität der Fälle», beschreibt Bruni Moritz den Arbeitsalltag der Fachstelle. «Die Folge ist meist ein grosses Puzzle.» Geldprobleme können zu ehelichen Spannungen führen und diese wiederum zu Erziehungsschwierigkeiten. Zudem können familiäre Konflikte auch in der Schule, Lehre oder am Arbeitsplatz ein auffälliges Verhalten der betroffenen Kinder und Jugendlichen nach sich ziehen. Je nach Ausgang der jeweiligen Situation können Abklärungen und Berichte zu Händen des Familiengerichts erforderlich sein. Dies wiederum kann zu einer Erziehungsbeistandschaft oder

gar einer Heimeinweisung führen, was länger andauernde und intensive Beratungen bedeutet. Bei der freiwilligen Beratung dreht sich ein grosser Teil des Stundenaufwandes um die Themenbereiche Beziehung, Trennung und Scheidung. Da Letztere heute auch ohne Mitwirkung von Anwältinnen und Anwälten möglich ist, berät die Fachstelle auch bei der Erstellung einer Scheidungskonvention, wenn sinnvoll auch in Kooperation mit diesen.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie Austausch im Team

Einen hohen Stellenwert für die Fachstelle genießt die gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden und dem Familiengericht sowie mit den örtlichen Beratungsstellen. «Es ist wichtig, gut vernetzt zu sein, um Klientinnen und Klienten ihrem Anliegen entsprechend zu selektieren und gegebenenfalls an andere Helferorganisationen weiterzuvermitteln», erläutert Bruni Moritz. «Unser oberstes Ziel ist es, der Klientel die bestmögliche Unterstützung anzubieten. Das erfordert je nach Fall eine interdisziplinäre Zusammenarbeit.» Um dem herausfordernden Beratungsalltag gerecht zu werden, setzt die Fachstelle auf gut qualifizierte Mitarbeitende, regelmässige Weiterbildungen und ein funktionierendes Team. Seit dem 1. Juli 2020 besitzt die Fachstelle für persönliche Beratung insgesamt 690 Stellenprozent. Diese verteilen sich auf sieben Mitarbeitende inklusive Bereichsleitung plus Praktikant in der JEFB sowie auf eine Mitarbeiterin in der Frauenberatung und zwei Mitarbeiterinnen in der Sachbearbeitung. Einmal pro Woche trifft sich das Team zum Informationsaustausch. Aber auch, um die eingegangenen Beratungsanfragen und gesetzlichen Aufträge untereinander aufzuteilen. In diesem Rahmen besteht auch die Möglichkeit, Fälle zu besprechen. Zusätzlich nimmt die Fachstelle regelmässig an Supervisionen mit einer externen Fachkraft teil. Dabei werden schwierige Fragestellungen gemeinsam diskutiert.

Zeitgemässe Infrastruktur

«Hinsichtlich der Qualität und Effizienz unserer Arbeit als Fachstelle erachten wir es als wichtig, über eine zeitgemässe Infrastruktur zu verfügen», erklärt Bruni Moritz. Daher wissen es die Mitarbeitenden sehr zu schätzen, dass sie infolge der Corona-Pandemie mit Kameras, Headsets und

der Plattform «Teams» ausgestattet worden sind. So können Beratungen nun alternativ auch online durchgeführt werden, was gerade in Bezug auf Helferkonferenzen eine Zeitersparnis bedeutet. Zudem lassen sich online auch Jugendliche erreichen, die nicht für ein direktes Gespräch zu gewinnen sind. «Ziel sollte es aber natürlich bleiben, die Beratung möglichst «face to face» durchzuführen», betont die Stellenleiterin. Zur Diskussion steht aktuell auch, ob die Fachstelle ein Klientenverwaltungsprogramm erhält. Dieses würde dazu beitragen, die administrative Arbeit effizienter zu gestalten, wodurch noch mehr Zeit für die Beratung zur Verfügung stünde. (YKG)

Schulsozialdienst (SSD)



Das Team des Schulsozialdienstes

Der Schulsozialdienst (SSD) hat die Aufgabe, Kinder und Jugendliche aller Schulstufen im Prozess des Erwachsenwerdens zu begleiten und deren Kompetenzen zur Lösung von persönlichen sowie sozialen Problemen zu fördern. Gefährdete Schülerinnen und Schüler werden frühzeitig erkannt und bekommen eine individuelle Beratung und Begleitung angeboten, um ihre Integration zu gewährleisten. Die Mitarbeitenden des SSD sind in das Netzwerk der aargauischen Schulsozialarbeit integriert.

Der allererste Schulsozialarbeiter im Regierungsbezirk Rheinfelden war 2001 Urs Meier. Er arbeitete zunächst ausschliesslich für die Schule in Kaiseraugst. Nach und nach betreute er dann auch die Primar- und Oberstufen von Stein, Wegenstetten, Zeiningen und Magden. Daher entschied der Gemeindeverband Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden 2003, den «Mobilen Schulsozialdienst» (MSSD) in die Fachstelle für Jugend- und Familienberatung zu integrieren. Der Zusatz «Mobil» sollte verdeutlichen, dass der MSSD dezentral an verschiedenen Standorten wirkt, so wie dies bis heute noch der Fall ist. Schon damals besaßen die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen festen Raum im jeweiligen Schulhaus. 2004 stiess Roger Willen zum Team von Urs Meier und seiner Kollegin Susanne Streibert hinzu. Fortan zeichnete er verantwortlich für die Kreisschule Unteres Fricktal (KUF) – das

heisst für das Schulhaus Engerfeld, zu der die Bezirks-, die Sekundar- und die Realschule sowie die Kleinklassen gehörten – sowie für das Berufswahljahr (BWJ) im Engerfeld. Zudem übernahm Willen die Leitung des MSSD. In dieser Funktion war er Eric Weil unterstellt, dem damaligen Leiter der Fachstelle für persönliche Beratung. Im Jahr 2006 wurde der Mobile Schulsozialdienst dann zu einem eigenständigen Fachbereich des Gemeindeverbands.

Der SSD wächst über die Bezirksgrenzen hinaus

Als Urs Meier im Folgejahr den GSBR verliess, übernahm Daniela Dietrich die Schulstandorte in Kaiseraugst sowie Magden und arbeitete zudem jeweils einen Tag gemeinsam mit Roger Willen im Engerfeld. Im gleichen Jahr änderte der Fachbereich seinen Namen in Schulsozialdienst (SSD). «Seit diesem Zeitpunkt wuchs der SSD kontinuierlich», berichtet Dietrich. 2008 schloss sich mit der Primarschule Kaisten und der Oberstufe Laufenburg ein zweiter Regierungsbezirk dem Schulsozialdienst des Gemeindeverbands an. Drei Jahre später übernahm Daniela Dietrich die Stellenleitung von Roger Willen. 2017 gesellten sich auch die Schulstandorte des Bezirks Brugg zum SSD und Ende 2019 erhielten die Gemeinden Bözen, Effingen, Elfingen und Hornussen für diesen eine feste Stelle von insgesamt 35 Prozent. Die Kommunen Möhlin und Frick hingegen bieten ihre Schulsozialarbeit nach wie vor selbst an. «Obwohl es im Kanton Aargau bisher keine rechtliche Verpflichtung für Gemeinden gibt, einen Schulsozialdienst zu installieren, hat sich dieser mittlerweile als Berufsfeld der sozialen Arbeit an den Schulen fest etabliert», bilanziert Daniela Dietrich.

«Wir müssen priorisieren»

Aktuell setzt sich der SSD aus einem Team von 17 Mitarbeitenden plus Praktikantin mit insgesamt 755 Stellenprozenten zusammen. Die

Dienstleistungen des Schulsozialdienstes können von den Gemeinden in unterschiedlichen Arbeitsprozenten eingekauft werden und variieren je nach Schülerzahl und zur Verfügung stehendem Budget. «Unsere Mitarbeitenden führen keine Wartelisten im eigentlichen Sinn, aber sie müssen schon Fälle priorisieren», betont Dietrich. Kleine Pensen, beispielsweise 30 Stellenprozent für drei Gemeinden, haben zur Folge, dass jedem Standort nur einmal pro Woche ein Schulsozialdienst zur Verfügung steht. Somit sind nur Einzelberatungen und selten Präventions- oder Projektarbeit möglich. Zudem können weniger Abklärungen durchgeführt werden, da die zur Verfügung stehende Beratungszeit geringer ist. Wenn Gemeinden Projektarbeit für einen komplexen Fall benötigen, steht es ihnen offen, für eine bestimmte Stundenzahl im Mandatsverhältnis einen Mitarbeitenden des SSD hinzuziehen. Dieses Angebot gilt auch für Kommunen, die nicht dem Verband angehören. In Notfällen hilft sich das SSD-Team jedoch untereinander aus. «Innerhalb von zwei Stunden können wir ein Care-Team zusammenstellen, um eine betroffene Schule optimal zu unterstützen», so Daniela Dietrich. «Früher herrschte in kleinen Gemeinden noch eher eine heile Welt. Dementsprechend vertreten deren Gemeinderäte bis heute häufig zunächst die Ansicht, ein Schulsozialdienst sei bei ihnen nicht erforderlich. Aber auch an kleineren Schulstandorten können schwerwiegende Probleme auftreten wie etwa eine suizidgefährdete Schülerin oder Schüler», erklärt die Stellenleiterin. Die meisten Gemeinden versuchen, mit weniger Stellenprozenten auszukommen, als vom Kanton empfohlen. Einige konnten jedoch in ihrer Gemeindeversammlung eine Aufstockung des SSD-Pensums erwirken, so wie dies etwa für die Primarstufen in Rheinfelden und Kaiseraugst erfolgt ist.

«Die Gemeinden können nur profitieren»

«Die Mitgliedsgemeinden des GSBR profitieren von unserem motivierten und topinformierten SSD-Team», konstatiert Daniela Dietrich. Deren Schulen müssen nur den Raum mit der notwendigen Infrastruktur stellen. Der Schulsozialdienst ist verantwortlich für das Fachpersonal und stellt den Laptop mit der erforderlichen Software zur anonymisierten Erfassung der Daten sowie der Gesprächsnotizen zur Verfügung. «Dank dem Gemeindeverband können sich unsere Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter anders positi-

onieren und den Schulleitungen auf Augenhöhe begegnen», erläutert die Stellenleiterin. Für Eltern und Erziehungsberechtigte stellt der SSD somit einen unabhängigen Dienstleister dar, der zwar in die Schule integriert, dieser aber nicht Rechenschaft schuldig ist. «Diese Neutralität macht den SSD zu einem niederschweligen Beratungsangebot und erleichtert dessen Inanspruchnahme», resümiert Dietrich. Handle es sich hingegen um eine gemeindeeigene Stelle, seien die Schulsozialarbeitenden in der Regel der Schule oder der Gemeinde unterstellt.

Bearbeitetes Themenspektrum

«Als Urs Meyer 2001 seine Tätigkeit aufnahm, wurde er von Lehrern auf verhaltensauffällige Kinder angesprochen. Und Kinder kamen zu ihm, wenn sie gehänselt oder gemobbt wurden oder in der Familie Probleme hatten», erinnert sich Eric Weil, dessen ehemaliger Vorgesetzter. Nach wie vor Hauptauslöser für eine Kontaktaufnahme mit dem SSD bilden Konflikte zwischen Schülerinnen und Schülern. Ebenfalls eine wichtige Rolle im Beratungsalltag spielt das Thema Gesundheit und Entwicklung. Im Fokus stehen dabei etwa Essstörungen oder Selbstverletzungen. Auch Ängste sind ein häufiges Thema. «Der Druck aus dem Elternhaus auf die schulischen Leistungen ist grösser geworden. Die Eltern möchten, dass es ihre Kinder einmal besser haben als sie selbst», analysiert Daniela Dietrich. Hintergrund hierfür seien zweifelsohne auch die gestiegenen Lebenshaltungskosten sowie die höheren Ansprüche an Schulabschlüsse auch bei Ausbildungsberufen. Mitunter stelle auch die Ausgrenzung von Schülern ein Problem dar. Betroffen hiervon sind Kinder und Jugendliche unterschiedlichster sozialer Herkunft und Nationalität.

«Wir begleiten bereits Kindergärtner»

Zwei Drittel der Beratungen des Schulsozialdienstes drehen sich um das Thema Sozialkompetenz: «Manche Eltern nehmen sich zu wenig Zeit, das Bewusstsein ihrer Kinder für faires Verhalten, Hilfsbereitschaft und Selbstkontrolle zu stärken. Daher versuchen wir, bereits Kindergärtner zu helfen, erlernte Werte auch ohne die Hilfe von Erwachsenen anzuwenden. Und eigene Moralvorstellungen zu entwickeln und sich von potenziell gefährlichen Situationen oder Personen zu distanzieren», berichtet Dietrich. Seit die Kinder-

gärten 2016 Teil der Primarstufe geworden sind, ist der Schulsozialdienst dort ebenso präsent wie in den anderen Schulstufen. «Wir schätzen dies sehr, denn je früher wir die Kinder begleiten können, desto besser», erläutert die Stellenleiterin. Neben dem Gotte-Götti-System, bei dem beispielsweise ein Viertklässler einer Erstklässlerin bei Pausenhofproblemen zur Seite steht, haben einige Gemeinden zusätzlich auch ein Ideenbüro eingeführt. Dort beraten Schülerinnen und Schüler der sechsten Klasse jüngere Kinder. Denn sie verstehen deren Konflikte häufig besser, da sie ihnen altersmässig näherstehen. Zudem haben betroffene Kinder weniger Berührungängste, auf die Sechstklässler zuzugehen. «Und diese wiederum erweitern dabei ihre Sozialkompetenz», erklärt Daniela Dietrich.

Facebook und Co.

In den vergangenen neun Jahren haben die neuen Medien und hier insbesondere die sozialen Netzwerke wie Facebook, WhatsApp, Tik Tok und Snapchat frappant an Bedeutung bei der Arbeit des SSD gewonnen. «Manche Eltern sind heute überfordert, den Medienkonsum ihrer Kinder altersgerecht zu gestalten» berichtet die Stellenleiterin. Der Schulsozialdienst versucht hier gegenzusteuern, indem er – je nach Budget der Gemeinde – zu Aufklärungsgesprächen und -veranstaltungen für Schüler und Eltern den Verein für Medienbildung und Prävention, zischtig.ch, mit ins Boot holt oder alleine Projekte und Massnahmen anbietet. «Heute müssen wir nicht nur bei Mobbing zwischen den Schülern intervenieren, sondern insbesondere auch bei Cybermobbing», so Dietrich. Sowohl bezüglich dieser Problematik als auch in Fällen, in denen Jugendliche unerlaubtes Material wie etwa pornografische Inhalte ins Netz stellen, arbeitet der SSD mit dem Jugendpolizeidienst zusammen.

«Hilfe zur Selbsthilfe»

Der Schulsozialdienst möchte im Sinne von «Hilfe zur Selbsthilfe», dass Schülerinnen und Schüler selbst eine Lösung ihres Problems erarbeiten. Daher unterstützt er diese bei der Einführung des Klassenrats. Zu den Kernaufgaben des SSD gehören die Beratung von Kindern und Jugendlichen sowie von Lehrpersonen, der Schulleitung und der Erziehungsberechtigten, die Vermittlung von Klientinnen und Klienten an andere Helferor-

ganisationen (Triage), Präventionsmassnahmen, aber auch Interventionen oder Projektarbeit. Eine Intervention hat zur Folge, dass ein Problem sofort aufgegriffen werden muss. «Ein Beispiel hierfür kann eine Prügelei auf dem Pausenhof sein», erläutert die Stellenleiterin. «Oder etwa, wenn der Klassenchat missbraucht wird.» Der Schulsozialdienst kann allerdings keine Langzeitberatung anbieten. Sollte ein Fall nach maximal sieben Sitzungen nicht abgeschlossen sein, werden die Klienten an eine Fachinstitution weitervermittelt. Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahren, die eine Ausbildung auf der Sekundarstufe II absolvieren, sowie deren Bezugspersonen, haben die Möglichkeit, bei schulischen, beruflichen oder persönlichen Herausforderungen Hilfe beim Jugendpsychologischen Dienst (JPD) anzufordern. Zwischen 1980 und 2006 wurde dieser ebenfalls vom Gemeindeverband Sozialdienste Bezirk Rheinfelden angeboten. Danach fiel die Verantwortlichkeit für den JPD dem Kanton zu. Seither sind die Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf (ask!) mit Standort Aarau für jugendpsychologische Beratungen zuständig.

Verteilung der Zielgruppen

Die Höhe des Beratungsbedarfs der Kinder und Jugendlichen lasse sich weder an einer Altersstufe noch an einer Schulform festmachen, betont Daniela Dietrich. «Auch die Bezirksschülerinnen und -schüler benötigen den Schulsozialdienst.» Betrachtet man die Fallzahlen von 2019, so bildet die Einzelfallhilfe für Schüler mit 42 Prozent fast die Hälfte der SSD-Leistungen. Die Fachgespräche mit Lehrpersonen und deren Coaching sowie die interne Vernetzung haben einen Anteil von 14 Prozent, während die Elternarbeit sieben Prozent und die Fachgespräche mit der Schulleitung fünf Prozent des SSD-Leistungsspektrums ausmachen. Rund die Hälfte der Kontaktaufnahmen des Schulsozialdienstes geht von Lehrpersonen aus. In einem Viertel der Fälle kommen die Kinder und Jugendlichen auf den SSD zu. In neun Prozent der Fälle sind es die Erziehungsberechtigten und in sieben Prozent die Schulleitung, die in Kontakt mit dem SSD treten.

Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen

Für den Schulsozialdienst ist es essenziell, dass er die Unterstützung der Schulleitung und der Lehrpersonen erlangt. «Die Lehrpersonen benötigen

Zeit, sich an das Angebot des SSD zu gewöhnen», so Dietrich. Daher müssten die Mitarbeitenden immer wieder proaktiv auf diese zugehen. «Früher begegneten die Lehrkräfte dem Schulsozialdienst eher distanziert und mit Verunsicherung, da sie ihn als Konkurrenz empfanden», erinnert sich Eric Weil an die Anfänge des Fachbereichs. Heute hingegen werde die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit in der Lehrerausbildung thematisiert. «Die Lehrkräfte sind im Schulalltag pädagogisch oft sehr gefordert und sobald sie den Nutzen des Schulsozialdienstes spüren, sind die meisten dankbar für dessen Unterstützung», resümiert Daniela Dietrich. «Und uns wiederum dienen die Beobachtungen des Lehrpersonals als wichtiges Frühwarnsystem.»

Sich ergänzende Beratungsangebote

Die Eltern kommen heute meist aufgrund familiärer Probleme – die etwa zu einer Verschlechterung der Schulnoten und damit zu Schwierigkeiten in der Erziehung führen können – auf den SSD zu. «Wir vermögen Eltern zwar keine Familientherapie anzubieten, können aber die Wartezeiten anderer Fach- und Helferorganisationen überbrücken, wenn Probleme bei den Kindern auftreten», so die Stellenleiterin. Entbinden die Eltern den Schulsozialdienst von der Schweigepflicht, lässt sich auch ein Übergabegespräch mit Mitarbeitenden aus anderen Institutionen führen. «Viele Eltern sind dankbar, wenn sie ihre Geschichte nicht zweimal erzählen müssen. Dies ist jedoch ihre freie Entscheidung», erklärt Daniela Dietrich. Ausserdem kann der SSD zu Elternabenden und -gesprächen hinzugezogen werden.

«Wir müssen immer á jour sein»

Alle Mitarbeitenden des Schulsozialdienstes tauschen sich mit anderen Fachorganisationen aus, besuchen regelmässig Weiterbildungen und nehmen als Team kontinuierlich an Supervisionen teil. In Interventionen besprechen die Mitarbeitenden neue Kinderschutzaspekte oder komplexe Fälle aus dem Team. «Wir müssen frühzeitig Klientenbedürfnisse erkennen und uns bei sämtlichen Themen á jour halten», betont Dietrich. «Auch unsere Hilfsmittel wie etwa Besprechungskarten, Bücher oder Spiele müssen auf dem neusten Stand und an das jeweilige Klientenalter angepasst sein.» Halbjährlich findet eine Steuergruppensitzung mit einem Mitglied der Schulpflege,

der Schulleitung, einem Gemeinderatsvertreter, nach Bedarf der Fachbereichsleitung, dem Schulsozialarbeitenden der betroffenen Schule sowie einer Standortvertretung statt. Dies, um die Qualität der Dienstleistungen des SSD zu überprüfen, die gegenseitigen Erwartungen auszutauschen und zu überlegen, wie sich die Arbeit weiter optimieren lässt. Vermutlich werde in allen Verbandsgemeinden in Zukunft die Medienprävention an erster Stelle stehen, wagt Daniela Dietrich einen Ausblick auf die kommenden Jahre. «Zudem haben wir uns vorgenommen, unsere Arbeit künftig besser messbar zu machen. Dadurch werden die Gemeinden noch deutlicher erkennen können, welchen Nutzen sie dank dem Schulsozialdienst haben.» (YKG)

«mit.dabei-Fricktal» (mdF) und Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich (KFA)



Laura Rehmann, Frida Tapia, Irina Schuppli

«mit.dabei-Fricktal» (mdF) ist seit Januar 2020 eine neue Aufgabe des GSBR. Ziel ist die Integrationsförderung im Fricktal von Neuzuziehenden sowie Einwohner*innen mit und ohne Migrationshintergrund durch eine kompetente Beratung zu Organisationen und Institutionen bei integrationspezifischen Fragen.

Als ein Projekt des Bundes wurde «mit.dabei-Fricktal» (mdF) im Jahr 2012 im Rahmen des Programms «Periurban – Zusammenleben im ländlichen Raum» lanciert. Mit dem Projekt wurde das Ziel verfolgt, das Zusammenleben zu stärken sowie Schulen, Einwohner- und Sozialdienste mit Leistungen im Bereich der Integrationsförderung zu entlasten. Seit 2017 ist auch die Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit des Asyl- und Flüchtlingswesens (KFA) dem mdF angegliedert. Nach einer erfolgreichen Projekt-

phase wurde eine vom Kanton und Gemeinden getragene Fachstelle für Integration mit möglichst vielen Fricktaler Gemeinden an Bord angestrebt. Mit dem Projektabschluss endete auch die Leistungsträgerfunktion des Vereins Anlaufstelle Integration Aargau (AIA) und für die neu geschaffene Integrationsfachstelle «mit.dabei-Fricktal» wurde eine neue lokale Trägerschaft gesucht. Erfreulicherweise entschied sich der Vorstand des Gemeindeverbands Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden, die Trägerschaft zu übernehmen.

21 Fricktaler Gemeinden sind momentan bei «mit.dabei-Fricktal»

Die Überführungsphase vom Projekt zur Integrationsfachstelle begann in November 2018 mit der Teilnahme von 16 Fricktaler Gemeinden an der Erarbeitung eines partizipativen Konzeptes für das neue «mit.dabei-Fricktal». Mit dem Konzept konnten alle Fricktaler Gemeinden entscheiden, ob sie sich an der neu geschaffenen Fachstelle ab 2020 beteiligen würden. Je mehr Gemeinden «mit dabei» sind und je sinnvoller zusammenhängend das abgedeckte Gebiet ist, desto wirksamer und kosteneffizienter kann die Fachstelle operieren. Nach einer aktiven Phase mit verschiedenen Sitzungen, Arbeitsgruppen und Diskussionen sowie einem Fach-Workshop mit Akteuren aus unterschiedlichen politischen und sozialen Bereichen (von Gemeinderäten über Schulsozialdienstmitarbeitenden, Berufsberater*innen, Jugendarbeiter*innen, Familienberater*innen, Polizist*innen, Freiwilligen und Schlüsselpersonen) wurde das resultierende Konzept, eine Fachstelle für Integration, am 10. April 2019 der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit 31 von 36 Gemeindevertreter*innen hatte der Anlass eine gute Resonanz und politische Akzeptanz. Seit Anfang 2020 werden 21 Fricktaler Gemeinden von der neuen regionalen Integrationsfachstelle «mit.dabei-Fricktal» bei der Umsetzung ihrer Integrationsangebote mit Informationen, Beratung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

«Als Teil des GSBR kann mdF Synergien nutzen»

Wie die Mütter- und Väterberatung befindet sich mdF im Roten Haus in Rheinfelden. Während Irina Schuppli zu 80 Prozent und Frida Tapia zu 70 Prozent arbeiten, hat Laura Rehmann eine Stelle von 30 Prozent. Mit einem zusätzlichen Pensum von 50 Prozent leitet Laura Rehmann auch die Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich (KFA) der Region Fricktal, die es seit 2017 gibt und – finanziell losgelöst von mdF – vom Swisslos-Fonds finanziert wird. «mit.dabei-Fricktal» wird mit einem Kantonsbeitrag (60 Prozent des Personalaufwands) und Gemeindebeiträgen (40 Prozent Personalkosten und weitere Kosten) finanziert. «Als Teil des Gemeindeverband Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden (GSBR), der die operative Führung der Fachstelle übernimmt, können viele Synergien, wie zum Beispiel mit der Fachstelle persönliche Beratung oder der Mütter- und Väterberatung, genutzt werden», erklärt Laura Rehmann.

Ziele von mdF

Die professionell geführte Fachstelle «mit.dabei-Fricktal» ist sowohl Gemeinden, Institutionen als auch für die Bevölkerung problemlos zugänglich. Die Migrant*innen erhalten Erstinformationen und eine Kurzberatung zu integrationspezifischen Fragen und können sich dadurch an Beteiligungsprozessen und am sozialen Leben der Gemeinden und der Region beteiligen. «Unser Ziel ist es, dass Einheimische und Migrant*innen über die gegenseitigen Bedürfnisse und Lebensweisen informiert sind und regelmässig Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches stattfinden», schildert Frida Tapia. Gefässe und Mechanismen für den institutionellen Austausch, die Koordination und die Zusammenarbeit sollen die Vernetzung zwischen den lokalen und regionalen Akteuren fördern.

«Auch ich musste den Integrationsweg machen»

Frida Tapia, Mitarbeiterin bei mdF seit der zweiten Projektphase, kennt die Bedürfnisse von Migrant*innen aus eigener Erfahrung. «Auch ich musste den Integrationsweg machen», schildert Tapia, die vor 12 Jahren im Familiennachzug aus Peru in die Schweiz gekommen ist. Nach

ihrem Soziologiestudium arbeitete sie in Peru für internationale NGOs und spezialisierte sich auf Projektmanagement. Angesprochen auf verschiedene Etappen, die Migrant*innen meistern müssen, nennt Frida Tapia den «Kulturcrash», das Erlernen der neuen Sprache und den Zugang zum Arbeitsmarkt. Gerade bei letzterem gelte es, hartnäckig zu bleiben und sich von Enttäuschungen nicht demotivieren zu lassen.

«Für das Erlernen der Landessprache oder Integrationskurse gibt es in der Schweiz vielfältige Angebote, so dass es nicht immer einfach ist, den Überblick zu behalten und einen für sich adäquaten Weg zu gehen», so Tapia. «Wenn ich heute für Klient*innen einen adäquaten Deutschkurs suche, überprüfe ich das Angebot auf seine Effizienz», schildert die Wahl-Rheinfelderin. Um ein geeignetes Angebot zu finden, fragt sie die Zielperson unter anderem nach deren Motivation, die Sprache zu lernen oder auch nach der Lernfähigkeit (Tempo, Vorkenntnisse anderer Sprachen etc.). Mit den verschiedenen zusammengestellten Informationen könne man Klient*innen geeignete Kursangebote aufzeigen. Für das Erlernen der deutschen Sprache absolvierte Frida Tapia sowohl Sprachkurse als auch ein Praktikum in einem Tagesheim mit Kindern und Jugendlichen, das gleichzeitig ihre erste Arbeitserfahrung in der Schweiz bildete.

Beim Zugang zum Arbeitsmarkt brauche es ebenfalls eine gute Beratung, so Tapia. Allein die Anerkennung von bereits absolvierten Diplomen verlange verschiedene Verfahren. «Die Tatsache, über keine Arbeitserfahrung auf dem Schweizer Arbeitsmarkt zu verfügen, ist für viele ein Hindernis», schildert Frida Tapia. Auf der Anlaufstelle für Integration in Aarau wurden ihr damals Wege aufgezeigt, wie sie mit ihrer Ausbildung und ihren Qualifikationen Arbeit finden konnte. Nach Weiterbildungen in den Bereichen Integration von Migrant*innen arbeitete sie von 2014 bis Ende 2015 als Integrationsverantwortliche für das Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern und erhielt 2016 schliesslich die Stelle als Projektleiterin beim mdF.

Das Angebot Netzwerk Schlüsselpersonen Fricktal (SP) hat sich bewährt

Als Beispiel für ein bekanntes und etabliertes Angebot von «mit.dabei-Fricktal» stellt Frida Tapia das Netzwerk Schlüsselpersonen Fricktal vor, das im Jahr 2016 lanciert wurde. «Im Netzwerk Schlüsselpersonen wirken 21 Migrant*innen aus

dem Fricktal mit, die insgesamt 18 verschiedene Fremdsprachen sprechen und mit viel Engagement und Herzblut für die Integrationsförderung zur Verfügung stehen», schildert Frida Tapia. Schlüsselpersonen (kurz SP genannt) engagieren sich für die Integration und leisten in ihrer Funktion als Multiplikator*innen einen wichtigen Beitrag zur lokalen Integration von neuzugezogenen Migrant*innen. So informieren sie über bestehende und aktuelle Angebote in der Region, unterstützen beim Verständnis von alltäglichen Themen und vermitteln wichtige Informationen über ihre Kultur und ihr Herkunftsland. Neben ihrer Informationstätigkeit beantworten Schlüsselpersonen auch Alltagsfragen und motivieren neuzugezogene Migrant*innen dazu, das lokale Angebot zu nutzen und die Integration selbst in der Hand zu nehmen.

Zu den vielseitigen und anspruchsvollen Aufgaben zählten in den letzten Jahren u.a. die Vermittlung bei Gesprächen zwischen Lehrpersonen und fremdsprachigen Eltern in Schulen, Übersetzungen und sprachliche Unterstützung, die Beihilfe bei Projekten mit integrativem Charakter in Bibliotheken, Projektwochen in der Oberstufe und andere öffentliche Anlässe. «Besonders gefragt ist die Kulturvermittlung für Personal von Institutionen wie den Sozialdiensten Logopädie und Schulsozialdienst», beschreibt Frida Tapia. Schlüsselpersonen unterstützen das Personal von Institutionen, indem sie Regeln und Werte, aber auch Umgangsformen über ihr Herkunftsland vermitteln. Durch das Vermitteln von Informationen über eine bestimmte Kultur können Fragen geklärt, Stereotypen abgebaut und eine gute Kommunikation mit den fremdsprachigen Klient*innen ermöglicht werden.

«SP sind keine offiziellen Dolmetscher*innen oder interkulturellen Vermittler*innen, verdienen aber eine grosse Anerkennung und Wertschätzung», sagt Frida Tapia und erwähnt dabei die symbolische Entschädigung, welche die SP nach jedem Einsatz erhält. «Mit der Überführung von <mit.dabei-Fricktal> in einen Arbeitsbereich des GSBR besteht ein grosses Potenzial, das Angebot Schlüsselperson auf mehrere Fricktaler Gemeinden zu erweitern, Synergien mit den verschiedenen Fachbereichen des GSBR und eine bessere Erreichbarkeit der neuzugezogenen Migrant*innen in der Region zu erzielen», bilanziert Frida Tapia.

Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich (KFA)

Seit 2017 angegliedert an «mit.dabei-Fricktal» (mdF) ist auch die Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich (KFA) in der Region Fricktal. Die KFA Fricktal unterstützt Freiwillige in ihrem Engagement für die Integration von Asylsuchenden.

Ende 2015 wurde vom Regierungsrat eine Task Force Flüchtlingswesen beauftragt, Massnahmen in den Bereichen Betreuung, Beschäftigung und Integration zu erarbeiten. Zu dieser Zeit wurden der Kanton und die Gemeinden mit einer grossen Anzahl von Schutzsuchenden konfrontiert. Im April 2016 genehmigte der Regierungsrat verschiedene von der Task Force vorgeschlagene Projekte. Rund 3,9 Millionen Schweizer Franken wurden zwischen 2016 und 2019 investiert.

Im Kanton Aargau gibt es zahlreiche Organisationen, Kirchen und Privatpersonen, die sich im Zusammenhang mit dem Asyl- und Flüchtlingswesen gemeinnützig engagieren oder engagieren möchten. Mit ihrem gemeinnützigem Engagement unterstützen sie Gemeinden in ihrer Integrationsaufgabe von Geflüchteten. Zur Koordination und Kommunikation der gemeinnützigen Freiwilligenarbeit im Asylbereich wurde ein Kredit bewilligt und es entstanden im Aargau sieben Regionale Koordinationsstellen für Freiwilligenarbeit im Asylbereich, die an bestehende Strukturen, die bereits einen Integrationsauftrag wahrnehmen, angehängt wurden. Bei der Koordinationsstelle für Freiwilligenarbeit im Asylbereich (KFA) im Fricktal war es «mit.dabei-Fricktal» (mdF).

Bis Ende 2021 wird die KFA Fricktal wie die anderen sechs Aargauer Koordinationsstellen für Freiwilligenarbeit im Asylbereich vollumfänglich aus dem Swisslos-Fonds finanziert und ist für das gesamte Fricktal zuständig. Ab 2022 soll die Finanzierung über die Integrationspauschale des Bundes (IP) sichergestellt werden.

«Seit 2015 ist die Anzahl neuer Asylgesuche in der Schweiz zwar rückläufig, die Integration von geflüchteten Personen aber stets ein wichtiges Thema», schildert Laura Rehmann. Bei der Integration handle es sich um einen langfristigen Prozess mit dem Ziel, die Personen in die Gesellschaft einzubeziehen. «Integration gelingt am besten durch gegenseitiges Engagement, sowohl auf Seiten der Migrant*innen als auch auf Seiten der einheimischen Bevölkerung», sagt die studierte Ethnologin und Soziologin mit einem «Master of Arts in European Global Studies». In

ihrem Arbeitsalltag sammelt sie viele wertvolle Erfahrungen mit freiwillig Engagierten, die durch ihren Austausch mit Migrant*innen immer wieder Inputs für Angebote geben.

Mit Hilfe der KFA realisierte Freiwilligenangebote

«Im Fricktal gibt es zahlreiche wertvolle Freiwilligenangebote», schildert Laura Rehmann. Eines der Angebote, die von Freiwilligen intiiert und mit Hilfe der KFA realisiert werden konnten, ist das Fahrkostenstipendium für den Besuch eines Sprachkurses. «Die Sprache ist der wichtigste Schlüssel für die Integration und das Verständnis für unsere Kultur bedingt die Beherrschung der deutschen Sprache», beschreibt Rehmann. Obwohl es im Fricktal einige Gratis-Sprachkurse für Asylsuchende und Flüchtlinge gebe, befänden sich diese oft weit voneinander entfernt und seien nur mit dem Bus oder dem Zug erreichbar. «Da die hohen Kosten des öffentlichen Verkehrs für Asylsuchende und Flüchtlinge ein Hindernis sein können, einen Deutschkurs zu besuchen, ermöglichen wir als Koordinationsstelle das Fahrkostenstipendium, das vom Swisslos Fonds des Kantons Aargau finanziert wird», so Rehmann. «Unterstützt werden Personen, die in einer Asylunterkunft in einer Gemeinde des Fricktals wohnen und Sozialhilfe nach Asylansätzen oder Nothilfe beziehen (nicht mehr als 9 Franken pro Tag). 50% der Kosten des Umwelt-Abonnements erhalten die Kursteilnehmer durch den Besuch von mindestens zwei Deutschkursen und/oder Treffpunkten pro Woche im Fricktal. Davon muss mindestens einer ausserhalb der Wohngemeinde stattfinden und die Kurse müssen regelmässig besucht werden. Für ein volles Testatheft erhalten sie am Ende eines Monats ein Stipendium, das in Form einer SBB-Geschenkkarte ausbezahlt wird», erklärt die Leiterin der KFA Fricktal.

Als weitere Beispiele für Angebote nennt Laura Rehmann den Verein Sprachmobil.ch, den Verein Freiwilligenarbeit Asyl Kaiseraugst und die Kontaktgruppe Asyl Frick. Der Verein Sprachmobil.ch bemühe sich um ein mobiles Lernangebot auf Rädern für geflüchtete Menschen in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land, Solothurn und Aargau. Im Fricktal sei das Sprachmobil in Kaiseraugst, Stein und Oberhof unterwegs. «Freiwillige fahren dabei mit dem Sprachmobil vor die Asylunterkunft und unterstützen Geflüchtete mit Lernbegegnungen beim Erlernen der deutschen Sprache», so Rehmann. Während

der Corona-Zeit unterrichteten die Freiwilligen in Räumlichkeiten vor Ort oder via online-Learning über Whats-App. «Auch der Verein Freiwilligenarbeit Asyl Kaiseraugst ist eine äusserst aktive Freiwilligengruppe», schildert Laura Rehmann und nennt das Beratungsangebot zu Themen wie beispielsweise der Arbeits- oder Wohnungssuche. Darüber hinaus gebe es einen Deutschkurs mit Kinderbetreuung. «Viele der Freiwilligen unterstützen Geflüchtete im Alltag und verbringen gemeinsam Zeit mit ihnen», bilanziert Rehmann. «Wie für den Verein Freiwilligenarbeit Asyl Kaiseraugst steht auch für die Kontaktgruppe Asyl Frick der Austausch im Zentrum», sagt Laura Rehmann. Die Kontaktgruppe bestehe aus Freiwilligen aus Frick und Umgebung, die jede Woche am Donnerstagabend einen Treffpunkt für Asylsuchende, Migrant*innen und Einheimische organisieren. «Im Zentrum stehen der Austausch, das gegenseitige Kennenlernen bei Kaffee und Kuchen, ein Gesellschaftsspiel oder anderen Aktivitäten wie ein Sportprogramm für Asylsuchende jeweils am Samstag», schildert Rehmann. (CRW)

Bruni Moritz

«Familienspezifische Themen interessierten mich schon immer»



Nach ihrem Abitur widmete sich Bruni Moritz zunächst der Behindertenarbeit. Danach studierte die im Grenzgebiet von Basel aufgewachsene Deutsche Sozialarbeit und übernahm im Anschluss eine Stelle bei einem Jugendamt in ihrer Heimat. Den Bezug zur Schweiz verschaffte ihr eine Weiterbildung in systemischer, lösungsorientierter Beratung am Zentrum für Agogik in Basel. 1991 beginnt sie mit einem 60-Prozent-Pensum für die Jugend- und Familienberatung des Gemeindeverbands Sozialdienste Bezirk Rheinfelden zu arbeiten, wo sie auf Eric Weil trifft. Im Jahr 2014 übernimmt sie dann die Leitung der Fachstelle. Obschon sie aufgrund ihrer Tätigkeit längst auch in der Schweiz verwurzelt ist, lebt sie nach wie vor in Deutschland. «Ich habe gemerkt, dass es vielen Klienten angenehmer ist, wenn sie mir privat nicht begegnen», erklärt Moritz. Die halbstündige Fahrt zwischen der Geschäftsstelle in Rheinfelden und ihrem badischen Wohnort nutzt sie, um etwas Abstand zu gewinnen von den mit-

unter schwierigen Familiensituationen, mit denen sie täglich konfrontiert wird. Dennoch nimmt die 59-Jährige bisweilen das Fachstellenhandy mit nach Hause. Etwa, um einer suizidgefährdeten, alleinerziehenden Mutter in kritischen Momenten über die Feiertage telefonisch zur Seite stehen zu können. Da ihre beiden Töchter mittlerweile studieren, leistet die Fachbereichsleiterin heute ein 80-Prozent-Pensum.

«Kinder sollten die Zeit mit ihren Eltern geniessen können»

Themen des menschlichen Daseins, insbesondere familienspezifische, haben Bruni Moritz schon immer interessiert. «Ich finde es spannend, Familien kennenzulernen und zu sehen, wie es Paaren gelingt, über verschiedene Lebensphasen hinweg ihre Beziehung aufrechtzuerhalten und auch als getrennte Ehepartner noch tolerant miteinander umzugehen, eventuell sogar in einer anspruchsvollen Patchwork-Konstellation», erzählt sie. Zu ihren Klientinnen gehören häufig alleinerziehende Mütter. «Wenn diese Frauen nicht durch ihr Herkunftssystem unterstützt werden, müssen sie ein Organisationstalent sein. Finanziell sind sie leider meist schlechter gestellt und ihre Kinder dementsprechend benachteiligt», so Moritz. Im Rahmen der Sachhilfe versucht sie, ihnen die Teilnahme an einer Ferienfreizeit, einen Kostenzuschuss für erforderliche Zahnkorrekturen oder auch mal den Kauf eines Markenkleidungsstücks zu ermöglichen. «Kinder orientieren sich an Gleichaltrigen und jedes von ihnen sollte einmal die Möglichkeit erhalten, mit einem Kleidungsstück zu punkten», bilanziert die Stellenleiterin. Der schönste Erfolg für Bruni Moritz ist es, wenn sie – etwa im Rahmen einer Erziehungsbeistandschaft – eine einvernehmliche Besuchsrechts-Lösung für die Kinder auf den Weg bringen kann, die Konflikte zwischen den getrennten Elternteilen abnehmen und die Übergaben unproblematisch verlaufen. «Kinder sollten ihre Zeit mit dem jeweiligen Elternteil geniessen können, ohne dass sie immer überlegen müssen, was sie dem anderen davon erzählen dürfen», betont sie.

An positiven Erfahrungen anknüpfen

Durch die unterschiedlichen Beratungsthemen empfindet Bruni Moritz ihre Tätigkeit als äusserst abwechslungsreich. Sie lerne zahlreiche Lebensentwürfe, interessante Geschichten und Überlebensstrategien kennen. Das sei erforderlich, um die jeweiligen Klientinnen und Klienten ressourcenorientiert beraten zu können, erzählt sie. «Jeder von ihnen hat bereits viele Dinge im Leben gut gemeistert, und möchte dafür gewürdigt werden. An diesen positiven Erfahrungen gilt es anzuknüpfen.» Wichtig sei es, zu den Betroffenen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, um die Beratung auf deren Person und Lebenssituation auszurichten. «Nur so können wir gemeinsam eine passgenaue Lösung erarbeiten.» Was die Stellenleiterin ebenfalls an ihrem Aufgabengebiet reizt, ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit etwa mit den Gemeinden, dem Familiengericht, Therapeuten, Heimen, Rechtsanwälten und sozialen Fachinstitutionen. «Diese Kooperation, die in Absprache mit den Klientinnen und Klienten erfolgt, ist unerlässlich für die Abgrenzung unserer Arbeit, ansonsten könnte es passieren, dass wir dieselben Dinge abklären.»

Rückhalt im Team

Der Schulsozialdienst etwa ist ein wichtiger Partner der Fachstelle für persönliche Beratung, zumal dieser bei den Kindern der Klientinnen und Klienten vor Ort präsent ist. Auch der Austausch mit den Familienberatungsstellen anderer Bezirke ist hilfreich. Etwa, um über Vergleichsdaten zur personellen Ausstattung zu verfügen. «Für Politikerinnen und Politiker ist es nicht einfach, sich in unser Fachgebiet hineinzu-denken», betont Moritz. «Mittels Vergleichszahlen können wir verständlich machen, wie bedeutsam es ist, dass die Einwohner in allen Bezirken des Kantons dieselben Zugangsmöglichkeiten zu einer Familienberatungsstelle haben.» An der Arbeit innerhalb ihrer Fachstelle schätzt die 59-Jährige insbesondere den Rückhalt im Team. «Jede und jeder von uns nimmt sich Zeit, wenn jemand im Team eine Rückmeldung zu einem schwierigen Fall benötigt.» Dass die Fälle auf Vertrauensbasis innerhalb der Fachstelle verteilt werden, steigert die Effizienz der Mitarbeitenden, ist sich Bruni Moritz sicher. «Die Zeit, die wir für den gegenseitigen Abgleich unserer Fallzahlen aufwenden müssten, investieren wir lieber in die Beratung.» (YKG)

Daniela Dietrich

«80 Prozent der Schülerinnen und Schüler kenne ich mit Namen»



Bei den Kindergärtnern und Schulanfängern stellt sich der Schulsozialdienst (SSD) jeweils vor und zeigt ihnen seine Räumlichkeiten. Hier steht die Tür immer offen für sie, ebenso wie für die höheren Klassen. In Kaiseraugst ist Daniela Dietrich stets im Schulhaus präsent, um mit den etwa 400 Kindern und Jugendlichen sowie den Lehrpersonen ins Gespräch zu kommen. «Rund 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler kenne ich mit Namen, denn die meisten von ihnen sind mir seit dem Kindergarten vertraut. Neuzugänge bemerke ich sofort», erzählt Dietrich. Spontane Beratungsgespräche ergeben sich während den Pausen, bei Ausflügen oder auf Schulreisen. Mit heiklen Themen steuern die Kinder und Jugendlichen aber direkt das SSD-Büro an, weil sie von ihren Kolleginnen und Kollegen nicht gesehen werden möchten.

29 Jahre unterwegs in der Sozialarbeit

Als studierte Sozialpädagogin bewegt sich Daniela Dietrich seit 29 Jahren im sozialen Berufsfeld. Bevor sie 2007 in den Schulsozialdienst des Gemeindeverbands Sozialdienste Bezirk Rheinfelden eintrat, war sie in der Jugendarbeit, im Strafvollzug und im Sozialdienst der Polizei tätig und hatte dabei mit arbeitslosen Jugendlichen oder Suchtkranken zu tun. «Damals wollte ich die Welt verändern und den Menschen helfen, von der Strasse wegzukommen. Aber leider ist derlei manchmal eine Illusion», so die heute 51-Jährige. Diese Erkenntnis hat bei ihr zu dem Entschluss geführt, mit Kindern arbeiten zu wollen. Also dort, wo Probleme erstmalig entstehen. «Mein Fürsprecher beim Gemeindeverband war Roger Willen. Wir kannten uns aus unserer Tätigkeit im Strafvollzug und beim Sozialdienst der Polizei.» Bis zu jenem Zeitpunkt hatte sie sich noch nicht spezifisch mit der Schulsozialarbeit beschäftigt und musste sich erst in diese einlesen und -arbeiten. «Ich finde es spannend, die Kinder hier in der Schule aufwachsen zu sehen. Die Atmosphäre ist immer lebendig und ich habe ein tolles Kollegenteam», schwärmt die Stellenleiterin.

«Ich weiss nie, was mich erwartet»

Auch nach 13 Jahren Tätigkeit empfindet Daniela Dietrich ihre Stelle nach wie vor als erfüllende Aufgabe: «Jeder meiner Arbeitstage ist anders, und ich weiss nie, was mich erwartet», erzählt sie. «Die Bandbreite der Probleme reicht von zwei Mädchen, die sich um eine Znüni-box streiten, bis hin zu Suizidgedanken eines Schülers.» Manche ihrer Fälle sind komplex, insbesondere wenn häusliche Gewalt mit im Spiel ist. Gerade in Notfällen gestaltet es sich bisweilen für sie als schwierig, spontan eine adäquate Lösung für gefährdete Kinder zu finden. Neben der thematischen Vielfalt ihrer Tätigkeit erachtet sie auch das dafür nötige methodische Spektrum als anspruchsvoll. «Wir müssen fachlich immer á jour sein und können uns nicht auf

unserer Erfahrung ausruhen», betont Dietrich. «Als kompetentes und engagiertes Team, in dem alle am gleichen Strang ziehen, gelingt es uns jedoch diese Herausforderung zu meistern.» Das Spannungsfeld zwischen erforderlicher Beratungszeit und zur Verfügung stehendem Gemeindebudget ist ihrem Team stets bewusst. Dennoch versuchen alle Kolleginnen und Kollegen, möglichst das gesamte Leistungsspektrum abzudecken. Auch wenn manche von ihnen nur mit einem kleinen Stellenpensum ausgestattet sind.

Je nach Alter der Schülerinnen und Schüler muss das Team imstande sein, mittels Methodik andere Schwerpunkte zu setzen. «Kleinere Kinder sind noch sehr begeisterungsfähig. Bei ihnen müssen wir die Themen in erster Linie verständlich herüberbringen. Für Jugendliche der Oberstufe ein Thema derart interessant und altersgerecht aufzubereiten, so dass sie auch kooperativ mitarbeiten, kann hingegen sehr anspruchsvoll sein», erklärt Daniela Dietrich. Gemeinsam mit den Lehrpersonen fungiert ihr Team zudem als «Frühwarnsystem». Dank diesem sollen Probleme frühzeitig erkannt und kanalisiert werden, mit dem Ziel, die Kinder und Jugendlichen lösungsorientiert zu begleiten.

Wechselnde Klientenanforderungen

Der Arbeitsalltag der Stellenleiterin ist geprägt von wechselnden Klientenanforderungen. Einmal pro Woche – bisweilen auch ohne festen Termin – tauscht sie sich mit den Schulleitungen aus. Hinzu kommen Klassenbesuche zu verschiedenen Themen sowie Einzelberatungen von Kindern und Elterngespräche. Vieles fokussiert sich auf die Zeit direkt nach der Schulpause; dann stehen manchmal gleich mehrere Kinder vor ihrer Tür, um mit mir zu sprechen. «Um der vielseitigen Arbeit im Schulsozialdienst gerecht zu werden, benötigt man vor allem Empathie, Geduld, Humor und ein gutes Nervenkostüm», so Daniela Dietrich. Man müsse priorisieren und manchmal auch einem Jugendlichen bestimmt die Meinung sagen können. «Es ist wichtig, im Arbeitsalltag sein Bestes zu geben. Privat muss man sich jedoch abgrenzen können», betont Dietrich. Ihren halbstündigen Heimweg mit dem Auto nutzt sie daher vor allem, um abzuschalten. Wenn sie zu Hause ankommt und mit ihrem Partner im eigenen Bauernbetrieb den Kuhstall ausmistet, dann erdet sie das wieder. Blickt Daniela Dietrich in die Zukunft, ist das einzige, was ihr Sorgen bereitet,

dass sie für ihren Beruf irgendwann zu alt sein könnte. «Wenn ein Kind zu mir sagt, «Du bist ja so alt wie meine Grossmami», dann gibt mir das schon zu denken», erzählt sie. Sie hofft jedoch, noch möglichst lange in der Lage zu sein, die Probleme ihrer Schutzbefohlenen zu erkennen. «Denn unsere Aufgaben sind anspruchsvoll. Deswegen bin ich mir täglich nur zu bewusst». (YKG)

Esther Rüttimann

«Ich möchte Familien ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen»



Esther Rüttimann sieht sich als Person, die neugierig «vorwärts geht» im Leben. «Wie mein Vater schon suchte ich in meinem Leben immer wieder Herausforderungen und habe ein Interesse am Leben und der Geschichte anderer Menschen», sagt die Teamleiterin der Mütter- und Väterberatung (MVB). Als prägend erlebte sie die zwei Jahre im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen Anfang der 1970er-Jahre. Ihr Vater, ausgebildeter Lehrer, war von 1973 bis 1975 «Dorfleiter», sprich Geschäftsleiter des Kinderdorfes Pestalozzi. Auch wenn sie und ihre beiden Geschwister die Dorfschule Trogen und nicht die Schule des Kinderdorfes besuchten, lernte Esther Rüttimann Kinder und Kulturen aus der ganzen Welt wie Äthiopien und Tibet kennen. 1946 von Walter Robert Corti gegründet, wohnten in mehreren Appenzellerhäusern Waisenkinder aus kriegs- oder armutsbetroffenen Ländern mit dem Ziel, dass Kinder aus der ganzen Welt zu selbständigen, verantwortungsbewussten Menschen werden und später in

ihren Ursprungsländern Aufbauarbeit leisten. Die kulturelle Vielfalt und die ethischen Werte zu einem eigenverantwortlichen Leben prägten Esther Rüttimann. Fragen nach der individuellen Gestaltung des Lebens, der Partnersuche und der Familienbildung, sind seither Themen in ihrem Leben. «Durch meine Kindheitserfahrungen wie jene in Trogen lernte ich, Menschen nicht von mir abhängig zu machen, sondern sie zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu entdecken und sie zu begleiten. Diese Basis möchte ich auch den Eltern auf der MVB vermitteln», sagt die Fricktalerin.

Von der Kauffrau und Kinderkrankenschwester zur Mütter- und Väterberaterin und Teamleiterin

Schon während ihrer kaufmännischen Ausbildung im Spital Rheinfelden entdeckte Esther Rüttimann ihr Interesse für Medizin. Unter anderem half sie im Chefarztsekretariat aus und schrieb monatelang medizinische Berichte. Nach der kaufmännischen Lehre absolvierte Rüttimann eine Ausbildung zur Kinderkrankenschwester und arbeitete in Arztpraxen und Spitälern als Pflegefachfrau Kinder, Jugend, Frau und Familie (KJFF), wie der Beruf später hiess. In der neurologischen Klinik am Kantonsspital Aarau machte sie die Ausbildung zur elektrophysiologisch-technischen Assistentin (EPTA). Später führte sie diese neurologischen Spezialuntersuchungen in neurologischen Arztpraxen durch. Nach der Geburt ihrer Tochter 1996 nahm sie eine Familienauszeit und stieg in den Nullerjahren über die Kinderspitex wieder in den Beruf ein. Als Mütterberaterin arbeitete sie 2008 zuerst ein Jahr lang in Baden und seit 2009 auf der MVB in Rheinfelden.

Seit 2014 ist Esther Rüttimann Teamleiterin mit einem 80 Prozent-Pensum und berät noch zu 50 bis 60 Prozent als Mütter-/Väterberaterin. «Für mich ist es spannend, da ich in meiner Funktion als Teamleiterin beide Ausbildungen, die kaufmännische und pflegerische, nutzen kann. Ich muss viel Organisatorisches leisten von der Personalbetreuung, der Einsatzplanung über die ganze Kommunikation und den Umgang mit

den Klient*innen», erklärt Esther Rüttimann. Als MVB-Beraterin faszinieren sie die vielen Familiengeschichten, in die sie sich hineinversetzen kann. «Früher bin ich oft nach vier, fünf Jahren von einer Stelle zu einer anderen gehüpft, mal in ein Spital, mal in eine Praxis. In der Stelle der MVB habe ich dieses Bedürfnis nicht mehr», schildert Esther Rüttimann.

Eltern als Leuchttürme der Kinder

Für Esther Rüttimann ist klar: Elternsein und Kinder erziehen ist in der heutigen Zeit eine grosse Herausforderung. «Es gibt so viele Erziehungsratgeber wie Sand am Meer und alle paar Jahre neue Theorien und Strömungen», schildert sie. Woher sollen Eltern wissen, welches Coaching für ihr Kind das Richtige ist? Dürfen sie Kindern Grenzen setzen oder schadet dies der in den letzten 20 Jahren viel zitierten Eltern-Kind-Bindung? «Bindung bauen Eltern im ersten Lebensjahr zum Kind auf, wenn sie die Bedürfnisse des Babys lesen lernen und jederzeit verlässlich für das Kind da sind», so Rüttimann. Fühlt sich das Kind geborgen, dürfen Eltern es mit zunehmendem Alter und Entwicklungsstand motivieren, kurze Zeitspannen selbständig zu spielen, seine Emotionen selbständig zu regulieren und ihm auch zutrauen, dass es dies schafft. Eltern dürfen Leuchttürme sein und Grenzen setzen, wenn dies nötig ist, wie bei der Einhaltung von Familienregeln oder bei Gefahr. Dies sollte jedoch immer wertschätzend, respektvoll und fürsorglich sein, damit Kinder Selbstvertrauen aufbauen und zu eigenständigen und verantwortungsbewussten Individuen heranwachsen. «Meine Aufgabe als Beraterin sehe ich in Form eines unabhängigen Familiencoachs, der die Bedürfnisse aller Familienmitglieder berücksichtigen möchte und darauf basierend mit den Eltern einen Lösungsweg herausarbeiten kann.» Diese Arbeit sei herausfordernd, aber unheimlich spannend und fasziniere sie seit Jahren. «Meinen Weg möchte ich weiterhin neugierig und mit einem motivierten Team gehen», bilanziert Esther Rüttimann. (CRW)

Marlis Recher

«Das wertvollste Gut sind kompetente Mitarbeitende mit Freude an der Arbeit mit Menschen»



«Obwohl ich ursprünglich eine betriebswirtschaftliche Ausbildung gemacht habe, lagen und liegen meine hauptsächlichsten Interessen, mein Anliegen und Herzblut, in der Zusammenarbeit mit Menschen», sagt Marlis Recher. Im Alter von 35 Jahren und nach 16 Jahren in der Schadenabteilung verschiedener Versicherungsunternehmen hat die zweifache Mutter die Berufsmatur und mehrere Ausbildungen absolviert. Vor der Übernahme der Geschäftsleitung des Verbands leitete sie zehn Jahre lang die Verwaltung einer Berufsschule mit 230 Mitarbeitenden und 3500 Lernenden und Kursteilnehmenden.

Nachdem Heinz Glauser die Geschäftsleitung des Gemeindeverbands Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden (GSBR) zwei Jahre lang ausgeführt hatte, übernahm Marlis Recher diese Aufgabe im Dezember 2016. Die gebürtige Gränicherin, die seit 40 Jahren im Bezirk Rheinfelden wohnt, führt den 60 Mitarbeiter*Innen starken Gemeindeverband, der eine Mischung zwischen niederschwelliger

freiwilliger und behördlich angeordneter Beratung und Begleitung anbietet, in Teilzeit. Seit Anfang 2020 wird sie durch die Finanzverantwortliche Colette Madoery als Mitglied der Geschäftsleitung unterstützt.

Aufgaben der Geschäftsführerin des Gemeindeverbands Sozialbereiche Bezirk Rheinfelden

«Das wertvollste Gut für die Ausübung der Aufgaben, die uns die Gemeinden anvertrauen, sind kompetente Mitarbeitende mit Freude an der Arbeit mit Menschen, die Hilfe benötigen», sagt Marlis Recher. Als Geschäftsführerin gelte es, die Bereichsleitungen in der Führung zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass für ihre Aufgabe genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Eine vorausschauende Planung und Troubleshooting, wo immer es gerade nötig sei, hält die Geschäftsführerin für zentral. «Eine der grössten Herausforderungen ist eine gute, stabile Teamkonstellation und ein niederschwelliges, qualitativ hochstehendes und quantitativ angemessenes Angebot zu haben, das für die Gemeinden bezahlbar bleibt», schildert die HR-Fachfrau und ausgebildete Supervisorin mit einem MAS in Beratungspsychologie. Jede Aufgabe für sich sei sicher lösbar. In ihrer Kombination aber müssten immer wieder Kompromisse gefunden und kommuniziert werden, was neben dem Verständnis für das Betriebswirtschaftliche, gegenseitiges Vertrauen und Achtung, einen guten Überblick und immer wieder Begegnungen auf Augenhöhe erfordere.

Herausforderungen der letzten vier Jahre

Auch als Geschäftsleiterin herausfordernd in den vergangenen vier Jahren waren unter anderem das Projekt «Unter einem Dach», das zur Zentralisierung (beinahe) aller Fachstellen an der Kaiserstrasse 1 geführt hat und die Reorganisation der Mütter- und Väterberatung (MVB). «Seit der Gründung der MVB im Jahr 1933 zogen die Beraterinnen von Gemeinde zu Gemeinde und

boten ihre Dienste vor Ort an», schildert Marlis Recher. «Jedes Mal musste viel Material mitgebracht, das Beratungssetting bereitgestellt und danach wieder weggeräumt werden, wodurch zeitliche Ressourcen verloren gingen.» Es gebe einige Schweizer Gegenden mit einer zentralisierten MVB. Nach einer Umfrage in den Gemeinden des Bezirks Rheinfelden wurde eine Teil-Zentralisierung auf die Gemeinden Rheinfelden, Möhlin, Kaiseraugst und Stein gutgeheissen.

Gesellschaftliche und politische Veränderungen beeinflussen die sozialen Fachbereiche

«Unsere Fachbereiche sind sich einig, dass nicht nur die Anzahl von Beratungen, sondern auch deren Komplexität zugenommen hat», sagt Marlis Recher. Die vom Familiengericht angeordnete Beratung zum Beispiel könne vom Verband aus nicht beeinflusst werden. Eine ihrer Aufgaben ist es, die Zunahme der Pensen und Mitarbeitenden und somit Mehrkosten für Gemeinden unter anderem im Geschäftsbericht gut zu begründen. Seit zwei Jahren ist der Logopädische Dienst, sprich die Neuressourcierung der Schulen, Thema. «Seit 1980 werden die Logopädinnen des Bezirks durch den GSBR unter Vertrag genommen, sind ihm unterstellt und werden vom Verband aus organisiert und geführt», beschreibt Marlis Recher. «Einerseits können sie so gut auf momentane regionale Bedarfshäufungen in den einzelnen Schulen eingehen, andererseits können sie einander bei längeren Ausfällen vertreten und durch gegenseitige Hospitation, Team-Weiterbildungen, Qualitätszirkel und Intervisionen den nötigen Qualitätsstandard sicherstellen.» Bis heute gebe es zu wenig ausgebildetes Fachpersonal für den Therapiebedarf in ambulanten und stationären Gesundheitseinrichtungen und Schulen, schildert Marlis Recher und bezieht sich auf GSBR-Jahresberichte, die seit 1980 eine Knappheit an ausgebildeten Therapeutinnen thematisieren. Eine Antwort aus der Bildungslandschaft fehle bis dato. «Ziel ist eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Schulen, ihren Schulleitungen und den Lehrpersonenteams vor Ort, um ein niederschwelliges Angebot zu Gunsten der Schulkinder aufrecht erhalten zu können», bilanziert Marlis Recher. (CRW)

Ausblick mit André Schreyer

Welche Aufgabe haben Sie als Präsident des GSBR?

André Schreyer: Der Leitsatz meines Vorgängers Heinz Kims gilt auch für mich: Man muss Menschen mögen und gleichzeitig die Strukturen und die Finanzen im Griff haben. Während Marlis Recher die operative Aufgabe hat, bin ich als ihr Coach für die Strategie verantwortlich - mit dem Vorstand zusammen.

Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit den Ressortverantwortlichen der anderen Gemeinden?

André Schreyer: Das demokratische und föderalistische System funktioniert nur, wenn alle Gemeinden des Bezirks aufeinander Rücksicht nehmen und sich unterstützen. Ich schätze die gute Zusammenarbeit in vielen Bereichen, leider nicht in allen, mit den Gemeinden des Bezirks Rheinfelden und stelle eine grosse Solidarität fest, die in der heutigen Welt enorm wichtig ist.

Welche Bedeutung hat soziale Arbeit in der heutigen Welt?

André Schreyer: Hilfe brauchen Menschen, die in der heutigen multikulturellen und mehrsprachigen Gesellschaft, in der der Druck auf dem Arbeitsmarkt zunimmt und die Gesellschaft immer uniformer wird, überfordert sind.

Inwiefern nimmt der Druck zu?

André Schreyer: Einerseits werden Arbeiten automatisiert oder zeitlich so limitiert, dass sie manche Menschen nicht mehr erledigen können. Andererseits fehlen vielen Menschen, zum Teil schon in der Kindheit, gesellschaftliche Strukturen, die ihnen Halt im Leben geben. Gerade grosse Gemeinden haben mit mehr Anonymität zu kämpfen als kleinere.

Warum zahlt sich die Mitgliedschaft auch von grösseren Gemeinden beim GSBR aus?

André Schreyer: Gemeinden wie Kaiseraugst, Möhlin oder Rheinfelden benötigen durch ihre Grösse und soziale Struktur beispielsweise mehr logopädische Therapien als kleinere Gemeinden. Als Teil des GSBR erhalten sie auch mehr Logopädie-Stunden, als sie nach dem kantonalen Angebot zu Gute hätten, da wir unsere Therapieangebote, je nach Bedürfnis der Gemeinden, verteilen können. (CRW)

